

Amerikanisierung des Lebens in der BRD



Inhaltsverzeichnis

- 1 Die strategische Lage des Imperialismus
- 2 Der Platz der BRD in der USA-Globalstrategie
- 3 Die sogenannte neue Ostpolitik – Teil der Globalstrategie
- 4a Die Rolle der Bundeswehr innerhalb der amerikanischen
- 4b Militärkonzeption
- 5a BRD – der „Kasernenhof“ der USA
- 5b
- 6 Haltung der Bonner Regierung zur USA-Aggression in Vietnam
- 7 Der militärisch-industrielle Komplex
- 8 Reisen Bonner Politiker in die USA
- 9 Der Marshall-Plan – Grundlage der Amerikanisierung der BRD-Wirtschaft
- 10 Ausverkauf an USA-Konzerne
- 11 Amerikanische Rationalisierungsmethoden in BRD-Betrieben
- 12 Manipulierung im Sinne der Amerikanisierung
- 13a Steigende Kriminalität – ein Ausdruck der zunehmenden
- 13b Amerikanisierung weiter Lebensbereiche

Herausgegeben von der
Redaktion DAS AKTUELLE BILD
im Eigenverlag
der DEWAG WERBUNG,
102 Berlin, Rosenthaler Str. 28-31
Text: Maritta Carl
Gestaltung: DEWAG Potsdam
Fotos: Archiv
Druck: Druckerei „Erich Weinert“, Neustrelitz
Druckgenehmigungsnummer: Ag 220/72/DDR
Preis: 6,20 M

Die strategische Lage des Imperialismus

Bereits 1916 charakterisierte Lenin in seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ den Imperialismus seiner historischen Stellung nach als monopolistischen, verfaulenden, absterbenden und parasitären Kapitalismus.

Diese Einschätzung ist nach wie vor gültig. Die Lage des Weltimperialismus hat sich seit der Oktoberrevolution und dem Bestehen der sozialistischen Staatengemeinschaft zunehmend verschlechtert. Mit gesteigerter Aggressivität und veränderter Konzeption versuchen die Hauptkräfte des Imperialismus, an ihrer Spitze die USA, sich diesem veränderten Kräfteverhältnis anzupassen. Genosse Leonid Breschnew führte dazu auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU aus:

„Die Besonderheiten des modernen Kapitalismus lassen sich in bedeutendem Maße damit erklären, daß er sich der neuen Lage in der Welt anpaßt.

In der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus fürchten die herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder wie nie zuvor die Ausbreitung des Klassenkampfes zur revolutionären Massenbewegung. Daraus erklärt sich das Bemühen der Bourgeoisie, getarnte Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen anzuwenden, und ihre Bereitschaft, in einigen Fällen auf Teilreformen einzugehen, um die Massen möglichst unter ihrer ideologischen und politischen Kontrolle zu halten ...

Die Anpassung an die neuen Bedingungen bedeutet jedoch nicht die Stabilisierung des Kapitalismus als System.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiter. Sogar die am weitesten entwickelten kapitalistischen Staaten bleiben nicht von ernsthaften wirtschaftlichen Erschütterungen verschont. Die USA beispielsweise können sich seit nunmehr fast zwei Jahren nicht aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise befreien ...

Die gleichzeitige Zunahme der Inflation und der Arbeitslosigkeit wurde zu einer ständigen Erscheinung ... Weder die Integrationsprozesse noch das Klasseninteresse der Imperialisten an der Vereinigung ihrer Anstrengungen im Kampf gegen den Sozialismus beseitigen die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Zu Beginn der 70er Jahre kristallisierten sich die Hauptzentren der imperialistischen Rivalität deutlich heraus: Es sind dies die USA, Westeuropa (vor allem die sechs Länder des 'Gemeinsamen Marktes') und Japan ... Die Außenpolitik des Imperialismus in den vergangenen fünf Jahren brachte neue Beweise für die Unveränderlichkeit seines reaktionären und aggressiven Charakters. In diesem Zusammenhang ist vor allem der amerikanische Imperialismus zu erwähnen, der in den letzten Jahren erneut sein Bestreben bekräftigte, die Rolle eines Garanten und Schutzpatrons des internationalen Systems der Ausbeutung und Unterdrückung zu spielen. Er ist bestrebt, überall zu herrschen, sich in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen, er verletzt skrupellos ihre legitimen Rechte und ihre Souveränität. Er versucht durch Gewalt, Bestechung und wirtschaftliche Durchdringung Staaten und ganzen Gebieten des Erdballes seinen Willen aufzuzwingen.“

Die imperialistische „Ordnung“ ist eine Gefahr für die Menschheit

Der Imperialismus hat die Scheußlichkeit seiner Kriege und seines Terrors, seine Massenverachtung und Massenvernichtung bis zum Exzeß getrieben.

Sei es in Indochina, wo täglich Tausende von Menschen durch barbarische US-Waffen grausam umgebracht werden, sei es in Bangla Desh, wo versucht wurde, ein ganzes Volk zu vernichten, weil es unabhängig und ohne Ausbeutung leben wollte, sei es in Rhodesien und Südafrika, wo Rassisten, gestützt auf in- und ausländische Monopole, die Mehrheit der Bevölkerung an einem menschlichen Leben hindern,

sei es im Nahen Osten, wo israelische Okkupanten große Teile des Landes annektiert haben und die Bewohner vertreiben, sei es der Terror gegen die eigene Bevölkerung in Nordirland, in Griechenland, Spanien und im Hauptland des Systems, in den USA selbst, wo 30 Millionen Farbige diskriminiert werden und einer

mutigen Kämpferin für Menschlichkeit – Angela Davis – der Tod droht.

Das alles zeigt: Die imperialistische „Ordnung“ ist verfault und zynisch, überlebt und böse, sie ist eine Gefahr für die Menschheit.

Im Zeichen der „Freiheit“

Knüppel gegen Demokraten



Der Platz der BRD in der USA-Globalstrategie

Untersuchen wir im folgenden das Verhältnis zwischen der imperialistischen Hauptmacht USA und dem sowohl wirtschaftlich als auch politisch stärksten Vertreter Westeuropas, der imperialistischen BRD.

Welche Rolle spielt die BRD in der strategischen Konzeption des amerikanischen Imperialismus? Genosse Erich Honecker sagte dazu auf dem VIII. Parteitag der SED:

„Jeder weiß, daß die westdeutsche Bundesrepublik mit dem Ziel gegründet worden ist, in den damaligen westlichen Besatzungszonen die Macht des Monopolkapitals zu restaurieren und einen imperialistischen Staat zu schaffen, der ohne Zweifel im Rahmen der USA-Globalstrategie eine Schlüsselstellung einnimmt.“

Diese Globalstrategie hat im wesentlichen zwei Stoßrichtungen:

1. **Beseitigen bzw. Zurückdrängen des Einflusses des Sozialismus, Unterdrückung und Niederwerfung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung und schließlich Beseitigen der sozialistischen Staaten.**
2. **Niederhalten der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte im eigenen Land und Festigen des kapitalistischen Systems.**

Stufenweise Durchsetzung gemeinsamer Vorherrschaftsinteressen der Hauptverbündeten, z.B. USA und der BRD, in der imperialistischen Welt und Neuaufteilung der Märkte und

politischen Territorien der Erde. Die ideologische Plattform für die Realisierung dieser Ziele stellt seit eh und je der Antikommunismus mit allen seinen Spielarten dar.

Seit dem II. Weltkrieg stellt der Imperialismus der BRD in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus die Funktion einer Speerspitze gegen den Sozialismus dar. Er ist zum Hauptverbündeten der USA geworden. Seine strategische zentrale Lage in Westeuropa, sein ökonomisches und technisches Potential sowie sein traditioneller Antikommunismus ließen den BRD Imperialismus geradezu prädestiniert erscheinen für die Globalstrategie des USA-Imperialismus.

Denn: eines der Ziele der amerikanischen Europapolitik seit 1917 bestand im Aufbau eines festen Bündnisses mit Europa gegen die Sowjetunion. Diese Grundidee stand auch bei der Bildung der Bundesrepublik Pate.

Gegenwärtig hat sich eine solche Lage herausgebildet, daß die USA ohne die BRD ihre Europapolitik nicht verwirklichen können. Bereits am 10.7.1966 erklärte dazu der damalige BRD-Botschafter in Washington, Knappstein, in der Westberliner „Morgenpost“: Die führenden Schichten in Amerika sind realistisch. Sie wissen, daß sie ihre bisherige Europapolitik nur fortsetzen können, wenn sie jemanden haben, auf den sie sich verlassen können.

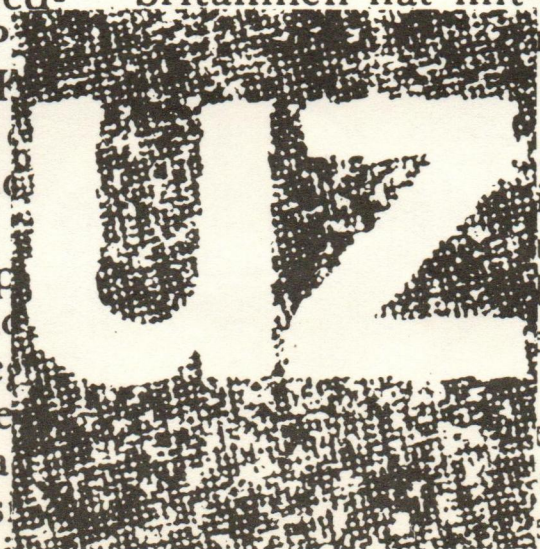
Scheel: Die USA nicht enttäuschen!

Der britische Unterhausentscheid über den EWG-Beitritt

Wenige Tage nach der Unterhausentscheidung über den Beitritt Großbritanniens zur EWG gab Brandts Außenminister Scheel der Londoner „Times“ ein Interview. Er betont darin, daß die „zehn Europäer“ mit wirtschaftlichen und währungspolitischen Maßnahmen die USA mit deren Sorgen um den Dollar „nicht enttäuschen“ dürfen. Im Chor mit Helmut Schmidt geht es Scheel darum, den höchsten Preis für die Anwesenheit der US-Monopole und US-Soldaten in Westeuropa zu zahlen. Walter Scheel nimmt damit deutlich die reaktionären Erwartungen auf, die die Tory-Regierung mit dem Beitritt Großbritanniens verknüpft.

Während sich in diesen Tagen in Paris in dem Treffen Breshnews mit Pompidou die friedlichen und selbstbewußten Perspektiven eines Europas der Existenz abzeichneten, laufen Pläne der entspannungsfeindlichen Heath-Regierung, die mit dem EWG-Beitritt verknüpft auf die sattsam bekannte Konfrontation des kalten Krieges hinaus. Scheels Erwartung, die in dem „Times“-Interview ausdrückt, daß Großbritannien bald an der Außen- und Verteidigungspolitik der EWG beteiligen

Schritt in das Westeuropa der Monopole folgen werden. Großbritannien hat mit fast einer Millionen Arbeitslosenziffer



Zollabbau zu dürfte Konkurrenz auf dem britischen Markt die soziale Unzufriedenheit vergrößern. Diese Betriebsunsicherheit in der Eisen- und Stahlindustrie, Maschinen- und Schiffbau werden Tausende von



Die sogenannte neue Ostpolitik - Teil der Globalstrategie

Nach dem Scheitern der auf der nuklearen Überlegenheit der USA beruhenden „Politik der Stärke“, des 'Roll-back' des Sozialismus Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre, gewann die BRD als unmittelbar an die sozialistischen Staaten angrenzendes Land in den Plänen der imperialistischen Aggressionspolitik besondere Bedeutung.

Unter dem Deckmantel solcher Parolen wie „Kooperation statt Konfrontation“, „Wandel durch Annäherung“, „Brückenschlag zwischen Ost und West“ sollte von der BRD aus der Versuch gestartet werden, mit geschmeidigeren Mitteln des ideologischen Kampfes, der Kulturpolitik und mit Hilfe ökonomischen Drucks in die sozialistischen Länder einzudringen und die Ideen des Sozialismus aufzuweichen.

Aus der Feder Brzezinski's, des Vaters der These vom „Wandel durch Annäherung“ und engem Vertrauten USA-Präsident Nixon's, liest sich das so:

„Zu einer echten Entspannung wird es kommen, wenn sie verbunden wird mit einem spürbaren Prozeß einer Wiederausführung zwischen Ost und West sowie mit der fortschreitenden Umwandlung der östlichen Regime in etwas, das der Sozialdemokratie nahekommt“ (Newsweek 4.1.1971).

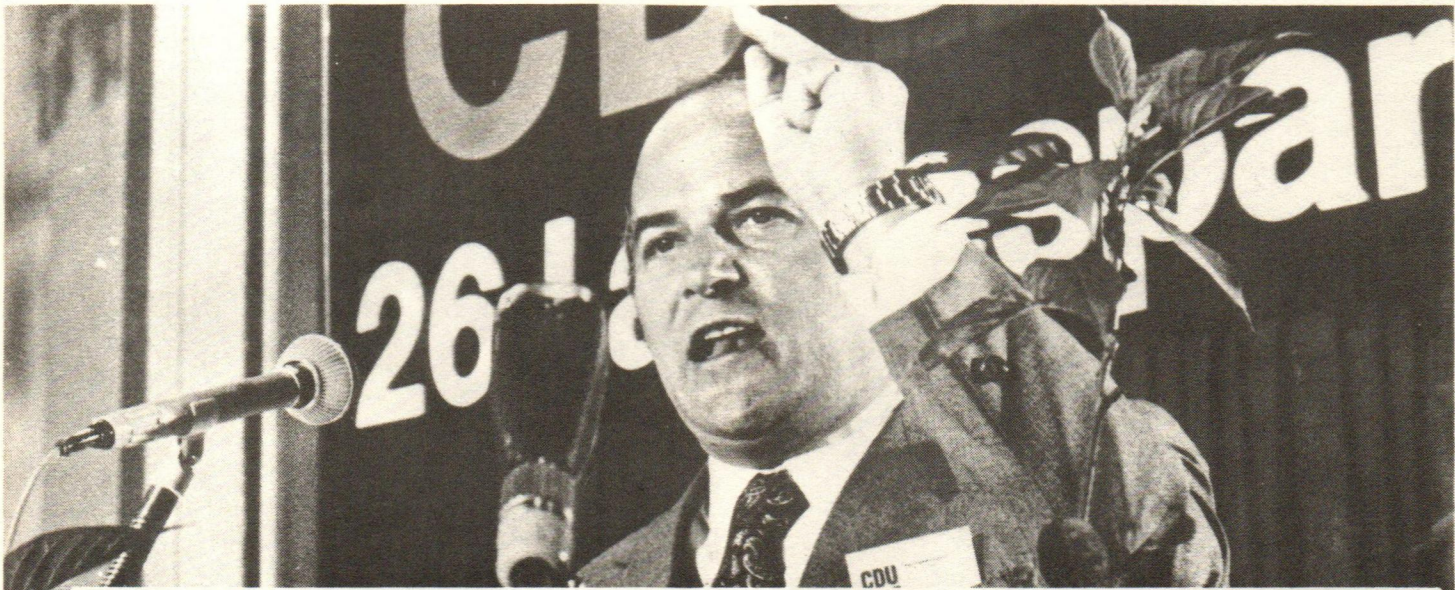
Der Bonner Kriegsminister und stellvertretende SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt erläuterte im April 1970, was seine Regierung unter dieser „Entspannungs- oder neuen Ostpolitik“ versteht:

„Da die Grenzen nicht verändert werden können, müssen wir ihre Beschaffenheit ändern und sie belanglos machen ... Darum geht es im wesentlichen bei unserer Ostpolitik.“

Auf der Grundlage der These von den besonderen „innerdeutschen Beziehungen“ und der „Einheit der Nation“ sollen mit Hilfe der rechten Sozialdemokraten die Ziele der imperialistischen Globalstrategie, modifiziert für die DDR, realisiert werden.

„Es entsprach durchaus der Logik der Dinge, daß die Monopolbourgeoisie der BRD nach dem Scheitern der Politik der CDU/CSU eine Regierungskonstellation in Bonn anstrebte, die ihre Grundzeption unter den veränderten Bedingungen weiter verfolgt. Wie schon so oft in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts hat sich die Bourgeoisie rechtssozialdemokratische Führer zu Hilfe geholt.“

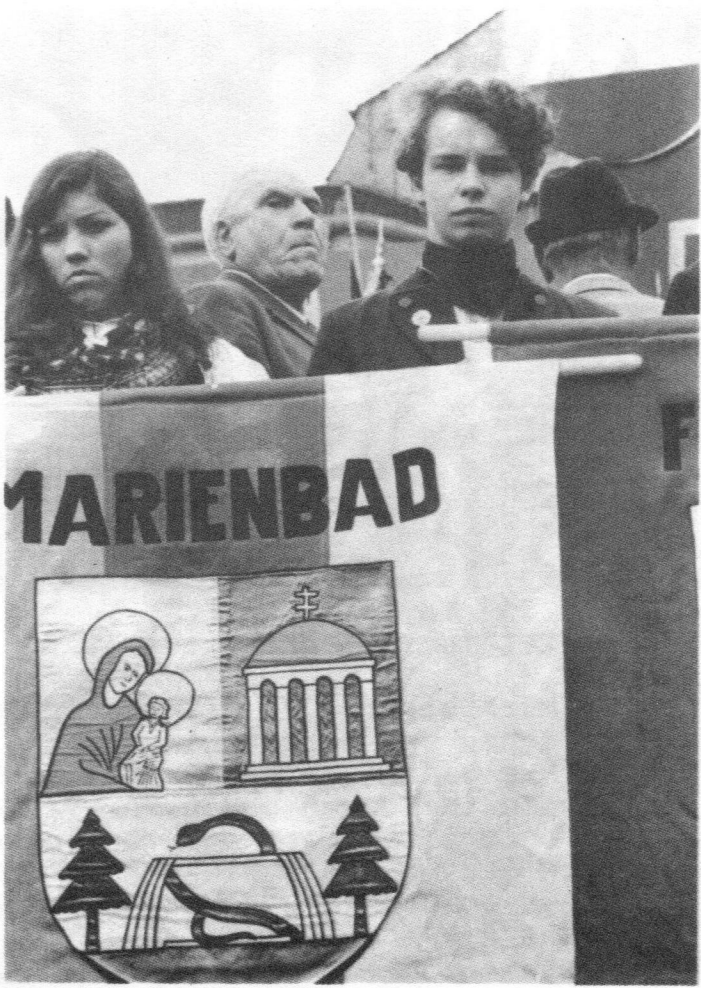
(Erich Honecker, VIII. Parteitag)



dpa 113 1d
barzel fordert ostpolitik ueber warschau und moskau hinaus

muehlacker, 17. februar 72 dpa - eine ostpolitik, die ueber warschau und moskau hinausgeht, hat der cdu-bundesvorsitzende rainer barzel am donnerstag zum auftritt seiner zweiten wahlkampfweise durch baden-wuerttemberg in muehlacker (kreis vaihingen) gefordert. er wies auf die reise des amerikanischen praesidenten nach peking hin und sagte: "nur wer eine fernostpolitik hat, wird eine vernuenftige deutsche ostpolitik machen koennen."

dpa 113 cw/hp 17.feb 72 1312



Die Rolle der Bundeswehr innerhalb der amerikanischen Militärkonzeption

Nach Helmut Schmidt, dem Oberbefehlshaber über 465 000 Soldaten und Inhaber der Verfügungsgewalt über den Etat des Bundesverteidigungsministeriums in Höhe von 24,2 Milliarden allein für 1972, sind das westliche Bündnis, die enge Partnerschaft mit den USA und die eigene militärische Stärke unabdingbare Voraussetzungen der „Ostpolitik“. Er prägte den Begriff, daß die NATO und die militärische Macht das „Standbein“, die sogenannte Ostpolitik das „Spielbein“ seien.

Unmißverständlich erklärte Schmidt am 26. März 1971 vor dem Bundestag:

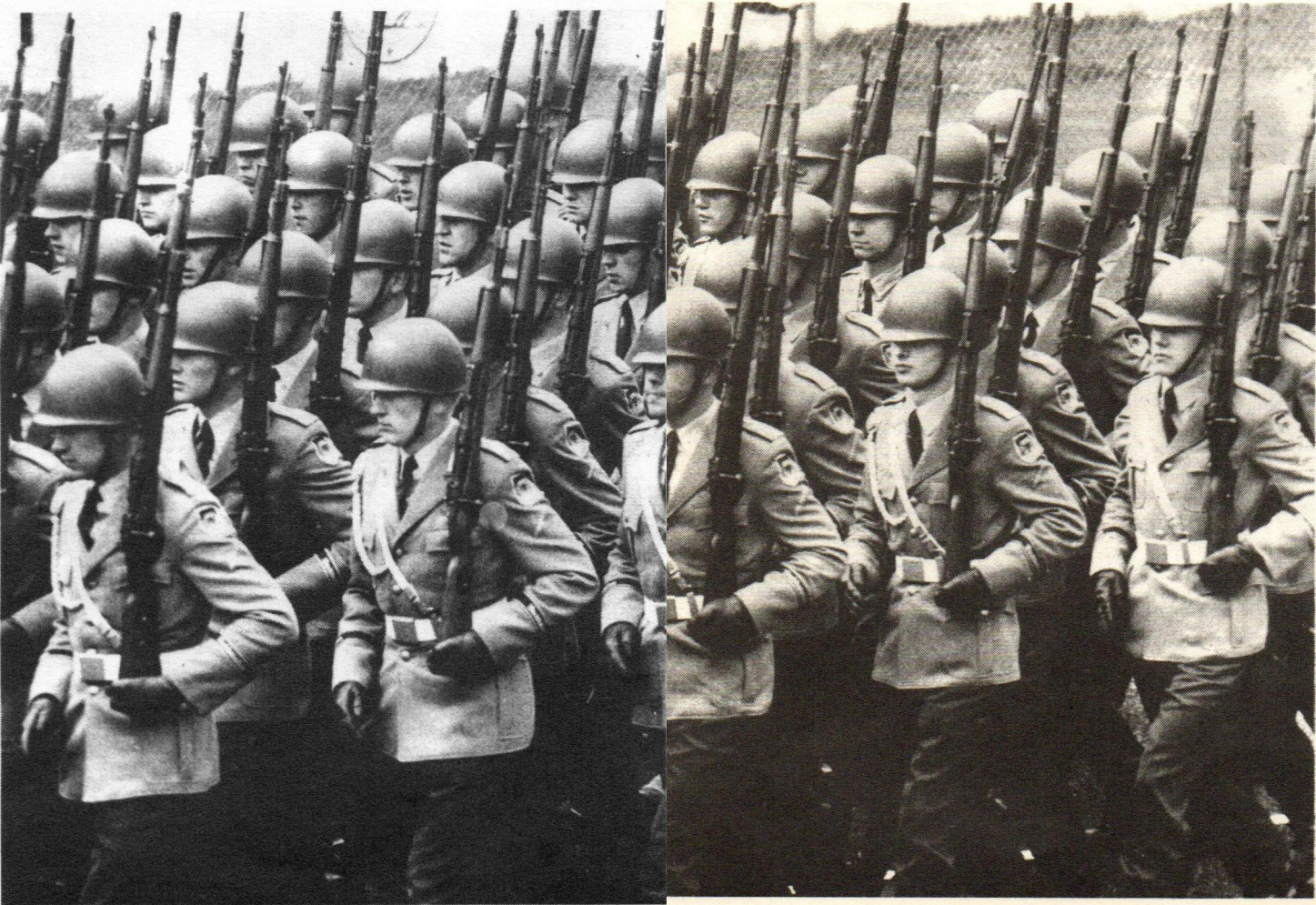
„... die Kopplung von Sicherheit und Entspannung bedeutet, daß die Aufgaben der Streitkräfte des Bündnisses und die Aufgaben der Bundeswehr heute genau so wichtig sind wie zuvor. Wer anderes behauptet, ist naiv und handelt bewußt unverantwortlich. Denn: mit der Bundeswehr leisten wir unseren Beitrag zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und zur Beibehaltung einer glaubwürdigen Abschreckung durch das Bündnis als Ganzes.“

Mit dieser in der letzten Zeit immer häufiger strazierten „Strategie des Gleichgewichts“, der „glaubwürdigen“ oder „realistischen Abschreckung“ - wie der amerikanische Kriegsminister das militärpolitische Programm der USA-Regierung für die nächsten Jahre deklariert hat und es Präsident Nixon am 20. 1. 1972 in seiner Botschaft über die Lage der Nation bestätigte - befinden sich der Kriegsminister und die Generalität der BRD in völliger Übereinstimmung mit den Militärstrategen der USA und der NATO.

Der Aufbau der Bundeswehr im großen Stil war überhaupt nur unter der Schirmherrschaft der USA innerhalb der NATO möglich

Als Hauptwaffenlieferant der Bundeswehr erlangten die USA entscheidenden Einfluß auf den Militärapparat der BRD und damit auch größeren Einfluß auf Wirtschaft und Politik. Sie lieferten z.B. die Erstausrüstung der Bonner NATO-Armee.

Die rüstungstechnische Abhängigkeit von den amerikanischen Imperialisten hat inzwischen ein derartiges Ausmaß erreicht, daß dieser Faktor bei allen militärischen, vielen politischen und ökonomischen Erwägungen der Bundesregierung berücksichtigt werden muß.



Täglich 60,3 Millionen für die Rüstung.

Das entspricht dem Wert von 10 Schulen, 60 Kindergärten oder 3 Krankenhäusern.

22 Milliarden DM kostet uns die Rüstung 1971. Sie soll 1972 auf 25 Milliarden DM steigen. Die Folgen der hohen Rüstungskosten sind: Mißstände im Bildungs- und Sozialwesen und im Städtebau.

Mehr Geld für soziale Reformen! Deshalb:

Endlich abrüsten!

DFU
Deutsche Friedens-Union

Das ist die Forderung des Tages. Deshalb wird dieses Plakat bei der Bevölkerung Anklang finden. Es ist eine Antwort auf die Mobilisierungspläne des Bundesverteidigungsministers. Das Plakat stellt aber auch eine Aufforderung an den Bundestag dar, den am 7. Dezember 1970 unterzeichneten Warschauer Vertrag noch Jahresfrist endlich zu ratifizieren. Das Plakat kann bei der Bundesgeschäftsstelle der DFU, 5 Köln-Ehrenfeld, Venloer Straße 363, wie auch bei den DFU-Landesgeschäftsstellen bezogen werden.



Scheel: „Du wirst doch verstehen, daß man die USA in ihrer weltpolitischen Rolle entlasten muß!“

In der gegenwärtigen Periode ist die Brandt/Scheel-Regierung bestrebt, den Handlungsspielraum im Rahmen der USA-Globalstrategie für den BRD-Imperialismus zu erweitern.

So versicherte der SPD-Kriegsminister im Januar 1971:

„... da besteht ein Unterschied zu den vorangegangenen Regierungen unter den Herren Dr. Kiesinger und Prof. Erhard, die unseren Handlungsspielraum teils nicht ausgenutzt, teils nicht ganz erkannt haben. Wir nutzen ihn allerdings bis an die Grenzen unserer Möglichkeiten aus.“

Schmidt umriß damit die Skala der Aktivitäten, mit denen der Einfluß der BRD in der NATO verstärkt, das militärische und politische Bündnis mit den USA gefestigt sowie durch organisatorische und strukturelle Veränderungen der Bundeswehr und der Rüstungswirtschaft auch im Innern die Voraussetzungen für eine flexible Aggressionsstrategie gegen den Sozialismus verbessert werden sollen. Neben einer Politik der politisch-ideologischen Infiltration des sozialistischen Lagers geht es darum, das militärische Potential bereits in der Gegenwart viel stärker als machtpolitisches Mittel zu nutzen. Das zeichnete H. Schmidt in seinem Buch „Strategie des Gleichgewichts“ vor, indem er u.a. erweiterte Möglichkeiten der BRD in der sogenannten Krisenbeherrschung forderte. Diese „Krisenbeherrschung“, wie sie von den USA in den Konfliktzentren

der Welt praktiziert wird, besteht in einem ständigen Operieren mit der Eskalation von der verdeckten zur direkten militärischen Aggression.

Dieser Idee der „Krisenbeherrschung“, geführt durch eine „Krisenstreitmacht“, liegt die irrige Hoffnung zugrunde, in Europa militärische Konflikte unterhalb der Schwelle eines atomaren Vernichtungskrieges führen zu können.

Aus dem Munde eines Brigadegenerals der Bundeswehr hört sich das so an:

„Durch den Aufbau der Krisenstreitmacht würde nicht nur das Verteidigungssystem flexibler und differenzierter, sein militärischer Auftrag würde auch tiefer in den Frieden hineinreichen. An die Stelle der - auch geografisch - starren, stufenweisen Abschreckung träte ein System der 'flexiblen Warnung', mit dessen Hilfe die NATO eine Fülle politischer Signale mit militärischen Mitteln geben könnte, die dem Gegner den Ernst der Situation anzeigen. Das System kann allerdings ebenso wie das augenblickliche nur vor dem Hintergrund nuklearer Waffen verstanden werden.“

Die Konzeption von Kriegsminister Schmidt läuft darauf hinaus, in der BRD die politischen Voraussetzungen für die Bedingungen zu schaffen, um eine solche Anwendung der flexiblen Aggressionsstrategie auch im Alleingang der BRD zu ermöglichen.

Die Anwendbarkeit dieser flexiblen Aggressionsstrategie bedarf allerdings einiger Voraussetzungen. Zuerst ist es notwendig, die beiden atomar bewaffneten Bündnissysteme in Mitteleuropa auseinanderzurücken, um bei militärischen Auseinandersetzungen die Anwendung konventioneller Waffen zu ermöglichen.

Diesem Ziel soll die - auch von Schmidt propagierte - Truppenreduzierung in Mitteleuropa dienen.

Der Pferdefuß einer Truppenverminderung à la Schmidt: Sie käme einer qualitativen Umrüstung der Bundeswehr entgegen. Schmidt:

„Eine Truppenreduzierung um 5 Prozent würde die Bundeswehr effektiver machen, ... weil wir natürlich in den Mannschaften, nicht aber bei Offizieren und Unteroffizieren kürzen würden.“

Unter dem Motto: „Größere Effektivität bei geringerer Truppenstärke“ soll die Struktur der Bundeswehr beweglicher gestaltet werden, da dem Kriegsbild die Vorstellungen eines Blitzkrieges zugrunde liegen.

Unter dem Deckmantel des Schaffens einer größeren Wehrgerechtigkeit ist Schmidt gerade dabei, die ersten Voraussetzungen für eine solche Krisenstreitmacht zu schaffen.

Durch die gesetzliche Regelung des Bundestages, den Wehrdienst von 18 auf 15 Monate zu reduzieren, will er möglichst alle Wehrpflichtigen zum Grundwehrdienst erfassen.

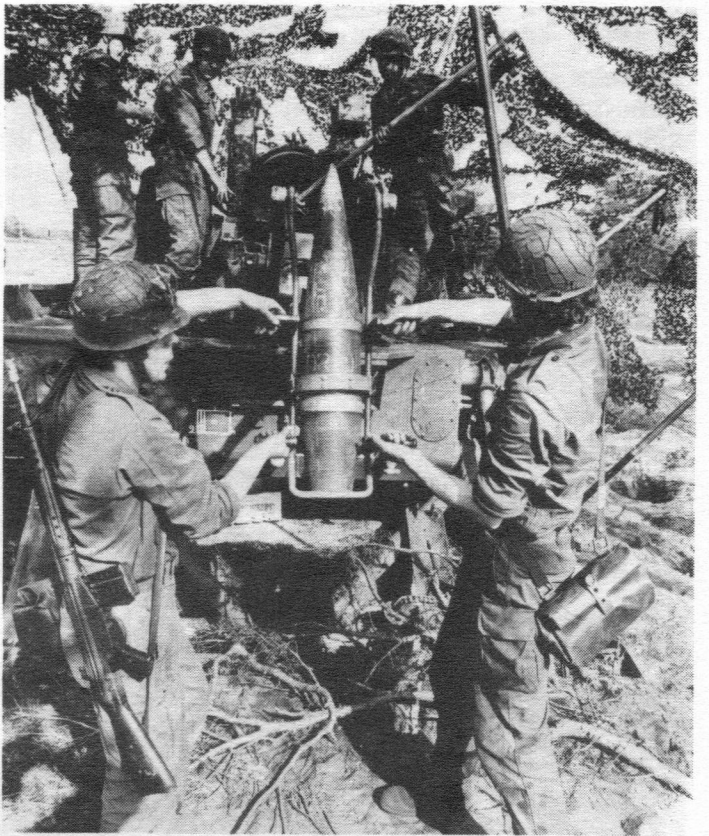
Diesen Wehrpflichtigen und Reservisten schreibt Schmidt eine ganz besondere Rolle zu. Sie sollen neben „jederzeit voll einsatzfähigen und vollaufgefüllten Verbänden, die weit überwiegend aus längerdienenden Mannschaften und längerdienenden Berufsoffizieren und Unteroffizieren bestehen, vorwiegend für Luftwaffe und Marine, aber auch

für eine beschränkte Zahl verfügbarer Verbände des Heeres“, ... „dazu befähigt werden, mit relativ einfachen Waffen regionale oder lokale Kampfaufträge zu erfüllen.“

Diese Reservisten, die Schmidt als „ausgebildetes Instrument der Bündnis- und Sicherungspolitik“ bezeichnet, als jederzeit „einsatzbereite präsent Truppe“, wären nichts anderes als erstes Kanonenfutter in der ersten Stufe der Eskalation der Aggression.



Unverhohlen schreien die „Verteidigungs“experten der BRD nach Atomwaffen. Ihr ständiges Entgegenkommen gegenüber der NATO belohnten die USA mit Sitz und Stimme in der Arbeitsgruppe für nukleare Planung. Foto: Der ehemalige Kriegsminister von Hassel (links) auf einer Tagung der Arbeitsgruppe in Rom.



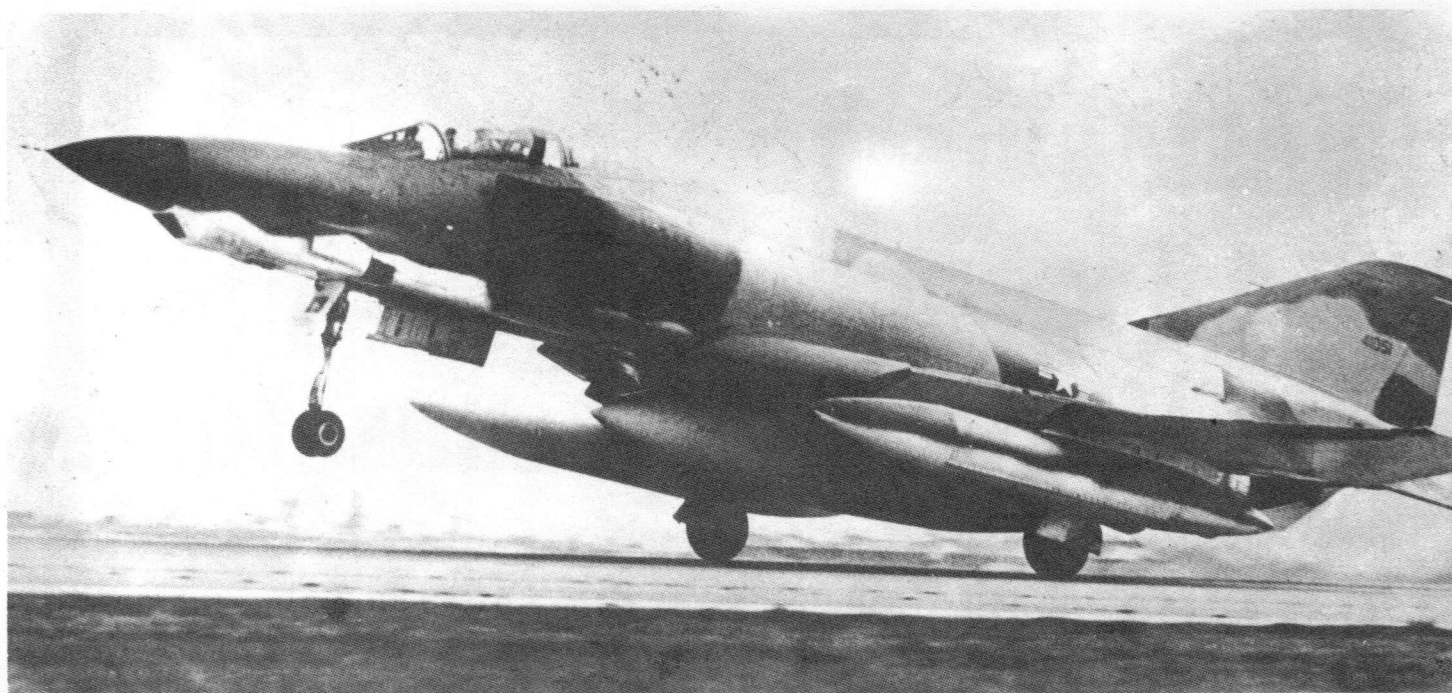
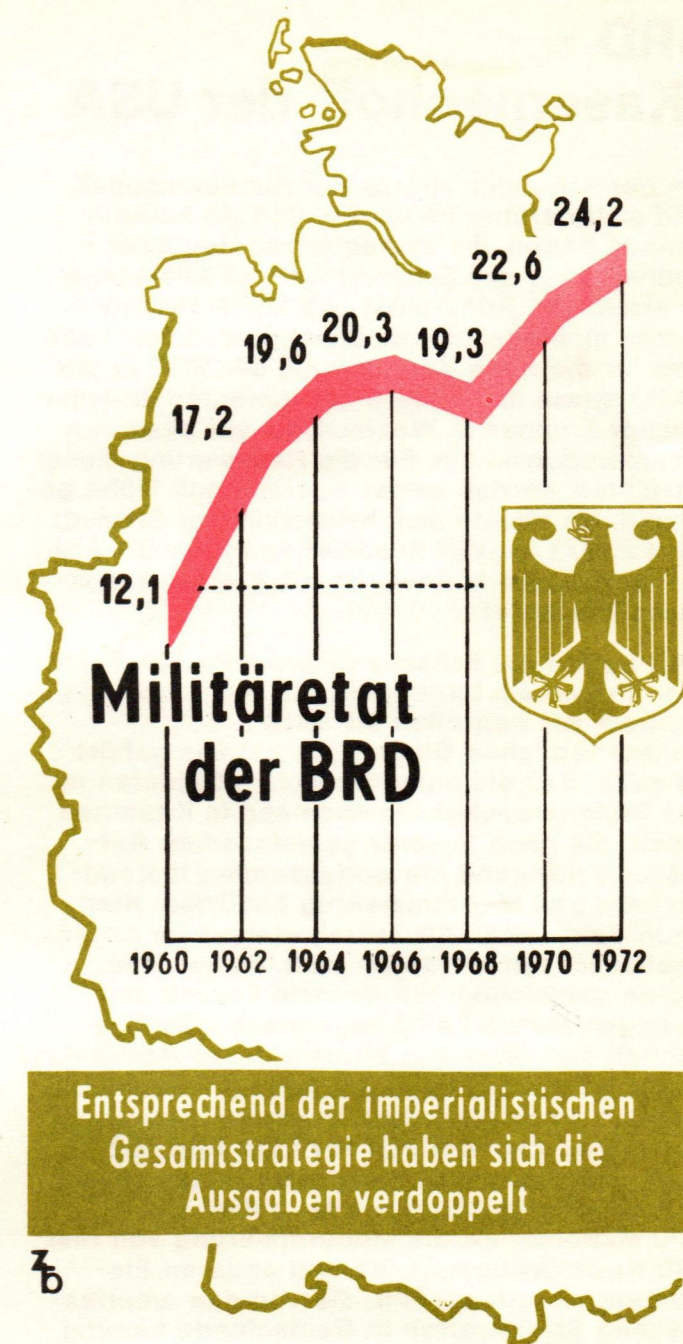
BRD - „Kasernenhof“ der USA

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik sind sich darüber im klaren, daß sie keine Chance haben, ihr strategisches Hauptziel - Überwindung des Sozialismus - im Alleingang zu erreichen. Generalität und Militärstrategen setzen sich deshalb mit unvergleichlicher Intensität für die feste Verankerung der BRD in die NATO sowie die weitere Stationierung amerikanischer Truppen in Westeuropa, vor allem der Bundesrepublik, ein. Für die Realisierung dieser Absichten werden weder Kosten noch Mühe gescheut. So rühmte sich Kriegsminister Schmidt am 4.2.1971 vor der Association of the US-Army in Frankfurt am Main im US-Club einer besonderen Heldentat:

„Wir halten die Präsenz amerikanischer Soldaten in unserem Land nicht nur für notwendig, sondern wir begrüßen sie auch ... Zu den täglichen Dingen des Lebens gehört es auch, daß die amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland in Kasernen leben, die nach unserer gemeinsamen Auffassung dringend der umfassenden Instandsetzung und Modernisierung bedürfen. Hier ist in den letzten 20 Jahren einiges im Argen geblieben. Ich bin daher stolz darauf, daß meine gemeinsam mit meinem Freund und Kollegen Melvin Laird begonnene Initiative schnell und ohne viel bürokratische Hemmnisse realisiert werden kann. Im Rahmen des neuen deutsch-amerikanischen Devisenausgleichabkommens, das vom Juli 1971 bis Juni 1973 läuft und das am 10. Dezember vergangenen Jahres unterzeichnet wurde, haben wir 600 Millionen für die Modernisierung von fast 100 Kasernenkomplexen und anderen Einrichtungen vorgesehen, die von den amerikanischen Streitkräften in Deutschland benutzt werden.“

Erzählen sie bitte ihren Soldaten, meine Herren, daß dieses Problem von der deutschen Seite finanziert wird, auf Vorschlag des deutschen Verteidigungsministers, und daß es ihren Soldaten verständlich machen soll, wie sehr wir sie wirklich hier bei uns wünschen und welches ganz beträchtliche finanzielle Opfer wir dafür bringen.“

Das gesamte „finanzielle Opfer“ eines jeweiligen Devisenausgleichs umfaßt rund 80 Prozent der Stationierungskosten der 200 000 amerikanischen Soldaten in der BRD. Beglichen wird die Summe - etwa drei Milliarden jährlich - aus Steuergeldern der Werktätigen. Ebenfalls aus Steuergeldern wird das moderne Rüstungsmaterial made in USA bezahlt. Dazu gehört der Kauf von 175 Phantom-Düsenjägern beim amerikanischen Konzern Mc Donnell - zusätzlich zu den bereits bestellten 88 Phantom-Aufklärern im Jahre 1971 (ein Phantom-Jagdflugzeug kostet 23 000 000,- DM). Expertenkreise schätzen die Größenordnung dieser Aufträge auf etwa eine Milliarde DM.



Westdeutsche Steuerzahler vor neuem Milliardenopfer für den USA-Rüstungsetat

Bonn zu erhöhtem Devisenausgleich bereit
Zahlungsabkommen mit Washington vor dem Abschluß

Die Bundeswehrgeneralität gibt sich jedoch nicht zufrieden, lediglich die USA-Terrorwaffen in die Bundeswehr einzuführen. „Immermehr kommt die Tendenz zum Ausdruck, in der Bundesrepublik im Fall eines Krieges die Terrormethoden der Amerikaner vom Kriegsschauplatz in Südostasien anzuwenden. Dafür spricht auch die Tatsache, daß seit einigen Monaten die bei uns stationierten US-Truppen mit dem M-16-Gewehr ausgerüstet sind. Aus dieser Waffe abgefeuerte Geschosse verursachen Verletzungen, gegen die die Wirkung der Dum-Dum-Munition harmlos zu nennen ist.“ So heißt es in einem Kommentar der Düsseldorfer „Deutschen Volkszeitung“ vom 17.2.1972 und weiter:

„Bei den diesjährigen Frühjahrsmanövern in der Bundesrepublik will die US-Armee zum ersten Mal in Europa ihre „Aufklärungstechnik durch Sensoren“ anwenden. Dabei handelt es sich um Empfangs- und Sendegeräte in Miniaturaus-

führung. Die Sensoren reagieren auf Berührungen und Geräusche, ja, sogar auf Geruch. In Vietnam und Laos sind diese Geräte in Gebieten verstreut worden, wo die Amerikaner Partisanen vermuteten. Wenn ein Sensor irgendetwas wahrnimmt, sendet er ein Signal an eine Kommandozentrale. Dort wird dann meist ein Luftbombardement ... angeordnet“.

Wohin letztendlich diese zum Völkerrecht im Widerspruch stehenden „Verteidigungswaffen“ führten, ist hinlänglich bekannt: zum Terror gegen die Zivilbevölkerung und einer Strategie der verbrannten Erde. Wie im Gegensatz zur Regierung die Mehrheit der Bürger der BRD über die Anwesenheit von NATO-Soldaten, sowie über die in verschiedenen Bundesländern durchgeführten Manöverübungen denkt, kann man in der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ nachlesen.

Mädchen – Freiwild für NATO-Soldaten

Manöverschäden – Überfälle und Prügeleien

Mainz. UZ. – Über „Mangel an netten Mädchen“, die sich im horizontalen Gewerbe amerikanischen Soldaten „gefällig“ erweisen, beklagte sich der USA-Heeresminister Robert F. Fröhke und nannte das als einen der Gründe für die schlechten Beziehungen zwischen den GIs und der Bevölkerung.

Um diese „Beziehungen“ zu verbessern, fiel in Pirmasens ein US-Soldat über ein 16jähriges Mädchen her. Es wurde mit Würgemalen am Hals in das Städtische Krankenhaus eingeliefert.

In Kaiserslautern schlug ein amerikanischer Fahrgast einen Taxifahrer ins Gesicht; weil er die abgebrannte Zigarre des Soldaten aus dem Wagen beförderte, damit sein Taxi nicht in Flammen aufgehe.

In Spich (Westerwald) beschädigten 20 belgische Soldaten zahlreiche Verkehrszeichen und griffen zwei 17-jährige Mädchen in eindeutiger Weise an. Als drei junge Ein-

heimische zu Hilfe eilten, wurden sie von den „Europa-Verteidigern“ mit Koppelschlägen und Fußtritten mißhandelt.

Die gegenwärtig in allen Teilen von Rheinland-Pfalz stattfindenden Manöver von Amerikanern, Belgiern, Franzosen und Bundeswehr haben ihre Spuren hinterlassen. In Nahbollenbach bei Idar-Oberstein walzten amerikanische Fahrzeuge wieder einmal die Bürgersteige nieder. In Puderbach im Westerwald haben Panzereinheiten die Wiedbachbrücke völlig zerstört und einen in die Hunderttausende DM gehenden Schaden angerichtet.

Manöver mit US-Terrorwaffen

Bei den diesjährigen Frühjahrsmanövern in der Bundesrepublik will die US-Armee zum ersten Mal in Europa ihre „Aufklärungstechnik durch Sensoren“ anwenden. Dabei handelt es sich um Empfangs- und Sendegeräte in Miniaturausführung. Die Sensoren reagieren auf Berührungen und Geräusche, ja sogar auf Geruch.

In Vietnam und in Laos sind diese Geräte in Gebieten verstreut worden, wo die Amerikaner Partisanen vermuteten. Wenn ein Sensor irgend etwas wahrnimmt, sendet er sofort ein Signal an eine Kommandozentrale. Dort wird dann meist ein Luftbombardement oder Artilleriebeschuss des „verdächtigen“ Gebietes angeordnet.

Wie die französische Zeitschrift „Nouvel Observateur“ schrieb, soll dieses System „einen Krieg ermöglichen, in dem sich die Amerikaner die Hände nicht beschmutzen ...“

Der Sensor reagiert in gleicher Weise, ob er nun einen Menschen, ein Tier oder Umwelteinflüsse entdeckt. Daher sind in Indochina oft auf eine Sensorenmeldung hin Gebiete bombardiert worden, in denen sich nur Zivilisten aufhielten.

Die Verantwortung für den Einsatz der Sensoren in Indochina trägt der frühere stellvertretende US-Verteidigungsminister David Packard. Vor zwei Jahren schon ordnete er die Anwendung von Sensoren bei US-Manövern in der Bundesrepublik an. Packard ist In-

haber einer Firma, die Sensoren herstellt und daher an ihrer Verwendung interessiert. Er hat bereits Unsummen an seinen Produkten verdient, an deren Entwicklung übrigens auch die Münchner ESG-Elektronik GmbH beteiligt gewesen sein soll. Bei der ESG haben Konzerne wie AEG und Siemens Kapital investiert.

Die Aufklärung durch Sensoren paßt genau in das Konzept „begrenzter Operationen“ und der Partisanenbekämpfung, die bei den letzten Herbstmanövern von der Bundeswehr gemeinsam mit den US-Streitkräften geübt worden sind.

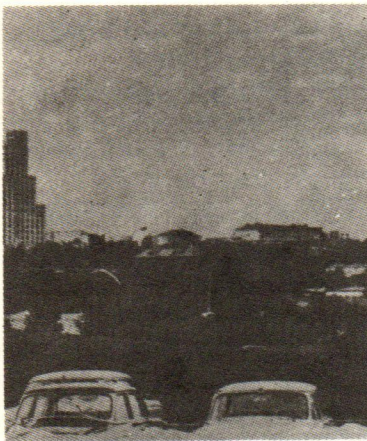
Immer mehr kommt die Tendenz zum Ausdruck, in der Bundesrepublik im Falle eines Krieges die Terrormethoden der Amerikaner vom Kriegsschauplatz in Südostasien anzuwenden. Dafür spricht auch die Tatsache, daß seit einigen Monaten die bei uns stationierten US-Truppen mit dem M-16-Gewehr ausgerüstet sind. Aus dieser Waffe abgefeuerte Geschosse verursachen Verletzungen, gegen die die Wirkung von Dum-Dum-Munition noch harmlos zu nennen ist. Schon 1968 wurden in der Bundesrepublik Stimmen laut, die auf eine Einführung des M 16 bei der Bundeswehr drängten.

Sensoren... Völkerrecht in... stehen, das bedeutet... Endes Terror gegen die Zivilbevölkerung und eine Strategie der verbrannten Erde.

Kommentare

Krise der USA-Wirtschaft zerrüttet Währungssystem

Völker der kapitalistischen Länder sollen Lasten der Mißwirtschaft tragen



Frankfurt/Main (dpa/DW). Der Sturz des amerikanischen Dollars an den Devisenbörsen, der in dieser Woche einen neuen Tiefststand erreichte, hat die Hoffnungen kapitalistischer Wirtschafts-

gen. Die Aussichten auf eine Gesundung der amerikanischen Wirtschaft bleiben düster: Das Heer der Arbeitslosen liegt bei sechs Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, der Haushalt für 1971/72 wird voraussichtlich mit einer Finanzierungslücke von umgerechnet 125 Milliarden Mark abschließen.

Der Optimismus, nach Auch an der außenwirts-

kreise auf ein ruhiges Währungsjahr 1972 gründlich zerstört. Die Bundesbank mußte erstmals an drei Tagen hintereinander mit über 120 Millionen Mark den Dollarkurs durch Ankäufe stützen.

del seit 1888, und die Währungspolitiker fürchten schon jetzt die Reaktion an den Devisenbörsen, wenn das Defizit in der Zahlungsbilanz 1971 offiziell bekanntgegeben wird.

Mit wachsendem politischen und wirtschaftlichem Druck versuchen die USA, die Folgen dieses Währungsdilemmas auf die sogenannten Partner abzu-

Israel weiter unterstützt, die UNO-Beschlüsse zur Lage im Süden Afrikas weiter sabotiert und die militärische Präsenz der USA in Europa ausbauen will.

Es wird weiter „vietnamisiert“

Präsident Nixon lehnte erneut die Vorschläge der DRV und der RSV zur Beendigung des Krieges in Vietnam ab. Die USA würden ihre Freunde nicht im Stich lassen, sagte er zu der Forderung nach Beseitigung des Marionetten-Regimes in Saigon. Der Krieg werde für Amerika durch

des vorsichtigen Erforschens und wachsenden Vertrauens sei ein „verlässliches Kommunikationsmittel“ zwischen Washington und Peking geschaffen worden.

US-Truppen bleiben in Europa

Der US-Präsident setzte sich für die Aufrechterhaltung der amerikanischen Truppenstärke in Westeuropa und die Verbesserung der Schlagkraft dieser Truppen ein. Bestrebungen im USA-Kongress zur Truppenreduzierung nannte er eine „falsche Sparsamkeit und törichte Poli-

Sicherheits-Konferenz mit Vorbehalten

Seine formelle Zustimmung zu einer europäischen Sicherheitskonferenz verband Nixon mit einer Reihe von Forderungen. In mehreren Agenturberichten wird von „recht harten Bedingungen“ der USA hinsichtlich der Konferenz gesprochen. In seinen Ausführungen zu Europa sagte er weiter, daß die westeuropäischen und amerikanischen militärischen Interessen und die betriebene „Ost-West-Diplomatie“ grundsätzlich gleichgelagert seien. Nixon ver-



Haltung der Bonner Regierung zur USA-Aggression in Vietnam

Alle friedliebenden Menschen verabscheuen die USA-Aggression in Vietnam und unterstützen den tapferen und gerechten Kampf der Völker Südostasiens.

„Das größte der Verbrechen der modernen Kolonialherren und die Schande Amerikas ist die andauernde USA-Aggression gegen die Völker Vietnams, Kambodschas und Laos! In den letzten Jahren wurden Kriegsverbrechen des amerikanischen Imperialismus bekannt, die die gesamte Weltöffentlichkeit buchstäblich erschüttern ...

Das Gewissen jedes ehrlichen Menschen und erst recht das Gewissen eines Kommunisten kann sich niemals mit dem abfinden, was die amerikanischen Interventen und ihre Helfershelfer, die sich als Vertreter der „westlichen Zivilisation“ und der sogenannten freien Welt bezeichnen, tun. Schande über sie!“

Mit diesen Worten brandmarkte Genosse Leonid Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU die USA-Aggressoren in Südostasien. Im krassen Gegensatz dazu die Haltung der Bonner Regierung. Kein Land der Erde gibt den Aggressoren eine so umfassende, so allseitige Unterstützung wie die BRD. Das Ky-Regime erhielt Millionen Kredite, unter anderem zum Aufbau eines Werkes zur Giftgasproduktion. Die BRD lieferte Bomben, entsandte Baudrupps und mit amerikanischen Pässen getarnte westdeutsche Piloten und andere Militärangehörige.

Mit enormen Beträgen ist die Bundesregierung an der Finanzierung der Ausweitung des Aggressionskrieges beteiligt. Das finanztechnische Mäntelchen dieser Tatsache heißt Devisenausgleichszahlungen an die USA. Obwohl Bonn laut NATO-Truppenvertrag und dessen Zusatzvereinbarung vom 1. Juli 1963 nicht verpflichtet ist, für den Rückfluß der Dollars zu sorgen, die von den USA-Streitkräften und ihrem zivilen Gefolge für den Umtausch in D-Mark verausgabt werden, zahlt es seit Anfang der 60er Jahre für die Stationierung der USA-Truppen.

Das jüngste Devisenausgleichsabkommen für die Zeit vom 1.7.1971 bis 30.6.1973 beläuft sich, wie die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 10.12.1971 veröffentlichte „auf 3,8 Milliarden Mark. Das entspricht fast der ursprünglichen amerikanischen Forderung nach 1,2 Milliarden Dollar auf der Basis des recht freien Kurses von rund 3,25 Mark für den Dollar.“

Der militärpolitische Mitarbeiter der Springerzeitung „Die Welt“, der ehemalige stellvertretende Pressesprecher des Verteidigungsministeriums Wilhelm von Raven, errechnet sogar die Riesensumme von 6,65 Milliarden DM für diese

beiden Jahre. Sie setzt sich zusammen aus:

- + 4,05 Mrd. DM für militärische Beschaffung und Dienstleistungen in die USA
- + 2 Mrd. Mark als mittelfristiges Darlehen der Bundesbank an die USA, das nur mit 2½ v.H. verzinst zu werden braucht
- + 600 Millionen DM für die Instandsetzung amerikanischer Kasernen und baulicher Einrichtungen in der BRD.

Erfolgte die Bezahlung der Beträge des Devisenausgleichs in der Vergangenheit im wesentlichen hinter verschlossenen Türen, so ist es längst kein Geheimnis mehr, daß es sich um unmittelbare Zuwendungen an den US-Rüstungshaushalt handelt. Doch damit nicht genug.

Die Forderung des Pentagon an die westeuropäischen NATO-Verbündeten nach größeren Rüstungsanstrengungen beantwortete SPD-Minister Schiller mit der Durchpeitschung eines westeuropäischen NATO-Zusatzprogramms (EDIP) in Höhe von 3,6 Milliarden DM, von denen Bonn allein 1,7 Milliarden übernimmt. Bei den jüngsten Kursstürzen des krisen- und kriegsranken US-Dollars an den internationalen Devisenbörsen tat sich Bonn als eifrigster und opferfreudigster Verteidiger der ramponierten amerikanischen „Leit-Währung“ hervor.

Die Januar-Ausgabe der in Frankfurt am Main erscheinenden Gewerkschaftszeitung „Nachrichten“ bezeichnet in diesem Zusammenhang die im Dezember 1971 erfolgte Einigung der Finanzspitzen der imperialistischen Hauptländer auf die neue Dollarparität als ein „riesiges Verlustgeschäft“, da 60 Prozent der Währungsreserven der Bundesbank aus US-Dollars bestehen, die ebenfalls abgewertet werden.

„Die Rechnung sieht so aus: Bis Ende August 1971 hatte die Bundesbank 39,2 Milliarden Dollar gehortet, die jetzt rund 14 Prozent an Wert verlieren. Das ist ein Verlust für die Bundesbank von 5,5 Milliarden DM, während die US-Schulden in der Bundesrepublik um die gleiche Summe geringer werden. Diese 5,5 Milliarden DM sind also der bundesdeutsche Beitrag zum schmutzigen Krieg in Vietnam.“

Über die Hintergründe dieser „opferfreudigen“ Haltung der Bonner Regierung schreibt die Westberliner Zeitung „Die Wahrheit“ am 29.10.1971:

„Die Bonner Gegenforderungen ... tragen ... keinen platonischen Charakter: Bei Respektierung der Globalstrategie der USA soll Washington die modifizierten Bonner Vorherrschaftspläne in Westeuropa durch den Ausbau der NATO- und EWG-Positionen aktiv unterstützen oder zumindest sanktionieren. Das gleiche gilt für die aggressive Außenpolitik und ökonomische Expansion der herrschenden Kreise der Bundesrepublik.“

Der militärisch-industrielle Komplex

„Will man die Grundrichtung der Politik eines imperialistischen Staates erkennen, so muß man vor allem die Prozesse analysieren, die sich in seiner ökonomischen Basis und in seiner Herrschaftsstruktur vollziehen. Insbesondere während der letzten Jahre hat in der BRD die Konzentration des Kapitals in den Händen weniger Superkonzerne sprunghaft zugenommen. Charakteristisch sind das Entstehen eines militärisch-industriellen Komplexes, eine krebsartig wuchernde Rüstungswirtschaft sowie ein niegekannter Grad der Verschmelzung zwischen den Monopolen und dem Staat. Hinzu kommt eine fortschreitende militärische und ökonomische Verflechtung mit den USA. Diese Prozesse sind der Hintergrund für das Drängen nach immer einflußreicheren Positionen in der NATO, nach Vorherrschaft in der EWG sowie für gesteigerte neokolonialistische Aktivitäten.“

(Erich Honecker, VIII. Parteitag der SED)

In den meisten imperialistischen Ländern, sowie auch in der BRD, haben sich seit dem II. Weltkrieg die Voraussetzungen und Triebkräfte gebildet, die den Militär-Industrie-Komplex entstehen lassen.

In der Tendenz entwickelt er sich überall dort, wo das betreffende imperialistische Land eine relativ hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, über ein bedeutendes ökonomisches, technisches und militärisches Potential verfügt, im Kampf um die Einflußsphären und die Vorherrschaft in der Welt eine maßgebliche Rolle spielt und in der imperialistischen Globalstrategie entscheidende Positionen innehat oder sie beansprucht.

All diese Faktoren sind in der imperialistischen BRD seit Anfang der 60er Jahre gegeben:

- die besondere Bedeutung und Funktion innerhalb der USA-Globalstrategie (siehe Tafel 3)
- die eigene aggressive Strategie
- die durch die jeweiligen Bonner Regierungen und amerikanischen Kapitalzufluß forcierte Expansion der Rüstungsindustrie

(Die „New York Times“ vom 15.10.1959 schrieb darüber aus amerikanischer Sicht: „Rüstungsfabrikanten der USA haben begonnen, in die wiederbelebte westdeutsche Rüstungsindustrie beträchtliche Kapitalmengen und technische Erfahrungen einzuschleusen. Das Motiv ... ist die weitverbreitete Überzeugung, daß die Bonner Regierung dazu bestimmt ist, einer der Hauptwaffenhersteller zu werden.“)

- die Entwicklung der BRD zur ökonomisch stärksten Macht Westeuropas
In ihrer Gesamtheit bewirken diese Faktoren eine Beschleunigung der Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD.

Im Verlaufe der 60er Jahre sind in der BRD die

einzelnen Komponenten des militärisch-industriellen Komplexes rasch angewachsen und zu einem reaktionären Machtsyndikat verschmolzen, das seinen Einfluß auf das staatsmonopolistische Herrschaftssystem ausdehnt.

Dazu gehören in der BRD: die Militärhierarchy der Bundeswehr, das Kriegsministerium und die übrigen staatsmonopolistischen Militarierungsorgane, die reaktionären und militärischen Hauptkräfte der politischen und ideologischen Organisationen des Monopolkapitals, die Rüstungszentren, die sowohl in der Industrie als auch im politischen Herrschaftssystem Schlüsselpositionen einnehmen. Zu diesen Rüstungszentren zählen die führenden Konzerne für Raketen- und Flugzeugindustrie wie die Messerschmidt-Bölkow-Blohm-GmbH, die Rüstungskonzerne der Elektronik-, Chemie-, und Atomindustrie, sowie des Kriegsfahrzeugbaus, der Herstellung schwerer Waffen sowie die mit diesen Konzernen verbundenen Monopolbanken.

Dieses Machtsyndikat stellt die Haupttriebkraft der Militarisierung der BRD dar. Von ihm gehen Impulse aus, die Kriegsbereitschaft zu erhöhen, was weitgehend mit dem Abbau der Demokratie verbunden ist.

Militärische Forschung

Im Jahre 1970 wurden rund 1,1 Mrd. DM für die wehrtechnische Forschung, Entwicklung und Erprobung aufgewendet. Im Haushaltsplan 1971 sind 1,4 Mrd. DM eingeplant.

Nur auf die wehrtechnische Forschung entfielen 1969 rund 140 Millionen DM, von denen die Hälfte veranschlagt war für die Ozeanographische Versuchsanstalt in Kiel mit Zerba und der sonstigen Wehrtechnik finanziert. Mit diesen Geldern hat die Bundesregierung zusammen mit den Entwicklungsdarlehen des Bundeswirtschaftsministeriums ein Instrument in der Hand, mit dem sie Teile der Industrie strukturell beeinflussen kann.

Das Verteidigungsministerium finanziert den Betrieb eines

Häufig ist eine Trennung zwischen militärischer und ziviler Entwicklung und Forschung nicht mehr möglich. Die Mittel fließen in dieselben Unternehmen ... So wird auch die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) sowohl aus dem Etat des Verteidigungsministers (36 Millionen DM) als auch aus dem des Wissenschaftsministeriums (46,5 Millionen DM) finanziert. (Die DFVLR beschäftigte am 31. 12. 1969 in 43 Institutionen bzw. Einrichtungen 2 316 Personen).



Geht es um Rüstung, um Unterstützung des krisenkranken US-Dollar - dann feilschen und rechnen die Bonner Finanzexperten genau.
Foto: Die Herren Schöllhorn (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium), Schiller (Wirtschafts- und Finanzminister), Klasen (Bundesbankpräsident) und Emminger (Stellvertreter des Bundesbankpräsidenten) bei einer ihrer Beratungen (v. l. n. r.)



Reisen Bonner Politiker in die USA

Die Bedeutung und die Funktion der BRD innerhalb der imperialistischen Globalstrategie sowie das Ausmaß der ökonomischen Beziehungen zwischen der BRD und den USA bedingen in immer stärkerem Maße ein Abstimmen der politischen Entscheidungen beider Länder. Viele Faktoren deuten darauf hin, daß sowohl die SPD-Spitze als auch die CDU-Führung alle bedeutenden politischen Schritte mit der US-Regierung beraten.

Deutlich wird dies z.B. an den wiederholten Konsultationsreisen Bonner Politiker in die USA. Im Dezember vergangenen Jahres flogen Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel nach Florida, um mit Präsident Nixon und Außenminister Rogers über die „partnerschaftlichen Beziehungen“ zwischen den USA und Westeuropa zu sprechen. Brandt versicherte anläßlich dieses Besuchs zum wiederholten Male, daß sich die Bundesrepublik weiter für die Unterstützung der kriegs- und krisenkranken amerikanischen Wirtschaft einsetzen werde. Die Springer-Zeitung „Die Welt“ vom 31.12.1971 kommentiert dieses Treffen voller Zufriedenheit:

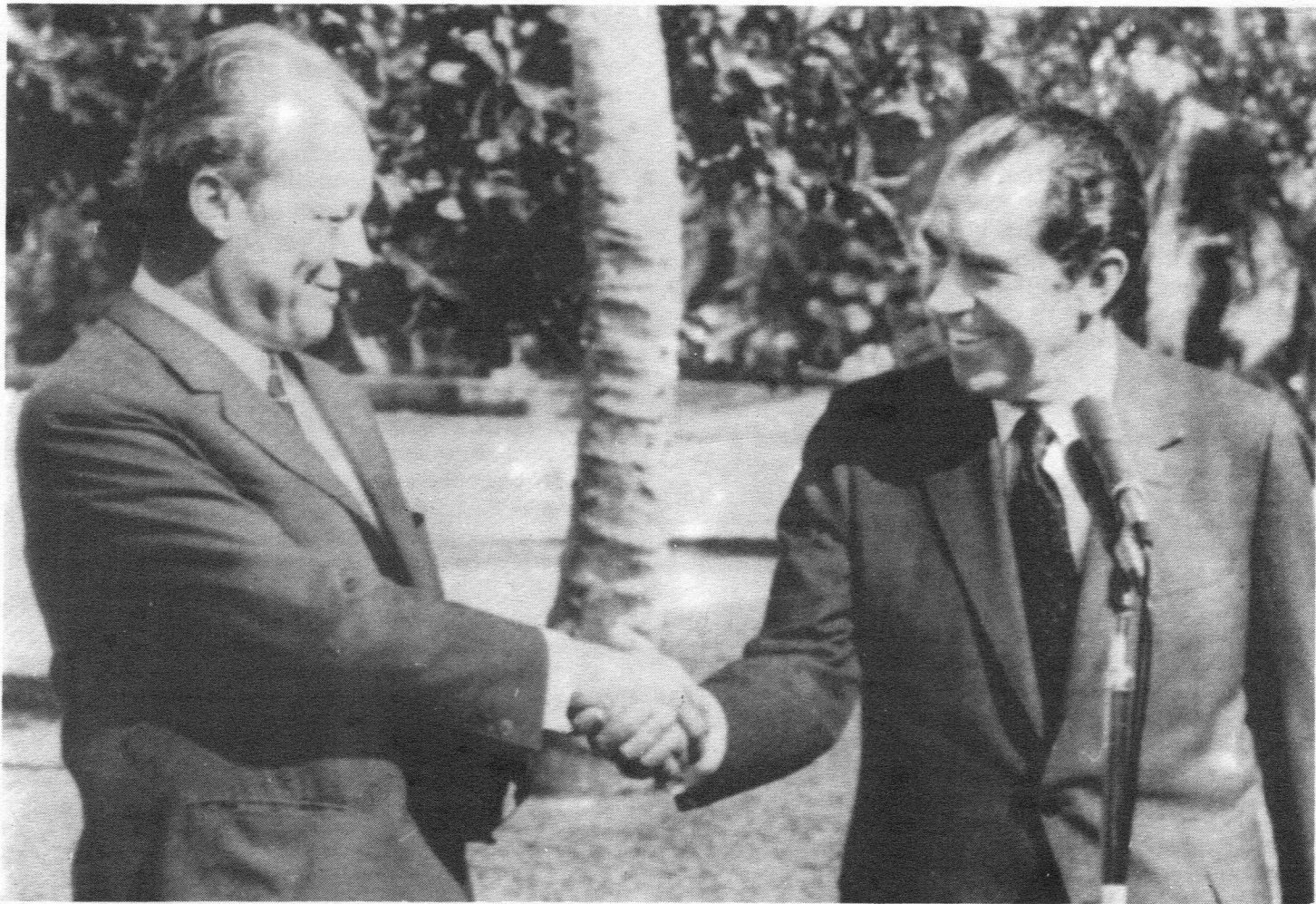
„Die Ergebnisse des Treffens Nixon-Brandt sind eine Lektion für alle, die schon Amerikas Position in Europa abgeschrieben und die machtpolitische Insolvenz der USA proklamiert hatten. Niemand kann nach dieser Begegnung noch argumentieren, die Bundesrepublik habe sich angesichts des amerikanischen Disengagements von Europa durch die Ostverträge rückversichern müssen. Die Unbeirrtheit, mit der sich die Nixon- Administration in der Erklärung von Key Biscayne zur gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der NATO bekannte, war eindrucksvoll. Noch wertvoller für Brandt war aber die uneingeschränkte Zustimmung des Präsidenten, das es keine Verminderung der amerikanischen Truppenstärke in Europa geben wird“.



Als der Kanzler Washington im Juni besuchte wollte er mit Rücksicht auf das deutsche Verhältnis zur Sowjetunion noch nichts von Kontakten mit China wissen. Diesmal war es schon anders. Man bestritt in seiner Umgebung nicht mehr, daß die Bundesregierung an dieser Frage heute zunehmend, wenn auch zunächst nur langfristig, interessiert ist. Das ist eines der Symptome, die dafür sprechen, daß die Vereinigten Staaten dabei sind, die Kontrolle über die Ost-West-Beziehungen zurückzugewinnen, die sie vorübergehend an Bonn abgegeben hatten.

Das Treffen Nixon-Brandt hat für beide Teile seinen Zweck erfüllt. Es ist für den Kanzler ein unbestreitbarer Gewinn, daß sich Nixon mit größerem Nachdruck als je zuvor zur Präsenz in Europa bekannte. Brandt hat sich in Key Biscayne die Rückendeckung geholt, die er für die Ratifizierungsdebatte im Bundestag braucht. Nixon zögerte mit dieser Unterstützung nicht. Er kann kein Scheitern der Ratifizierung und damit des Berlin-Abkommens wünschen, das er im Wahljahr 1972 als Aktivposten seiner Friedenspolitik präsentieren möchte. Taktische Überlegungen spielten für ihn und den Kanzler bei dieser Zusammenkunft eine dominierende Rolle. Doch was auch immer die Motive gewesen sein mögen - die Allianz hat eine belebende Spritze erhalten, die sie dringend gebrauchen kann.“

Kurz darauf, im Januar 1972, reiste der CDU-Vorsitzende Barzel in die USA. Ziel dieser Konsultationsreise war, wie er in einem Interview gegenüber dem Rundfunk erklärte: „Es geht um die Frage, was, mit dem Blick auf die achtziger Jahre, zwischen Europa und den USA an Partnerschaft möglich ist im Bereich der Wissenschaft, des Sozialen und im Bereich der Entspannung. Dies auszuloten ist der Haupt-sinn der Reise, die ich antrete auf eine Anregung von drüben, nachdem ich nun das Gegenüber von Brandt bin, um es einmal so auszudrücken.“



Der Marshall-Plan - Grundlage der Amerikanisierung der BRD-Wirtschaft

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden imperialistischen Mächten USA und BRD in der Zeit von 1945 bis heute hat dazu geführt, daß sich die Amerikaner in der BRD einen Hauptaufmarschplatz in Europa, die Hauptbasis für ihre Wirtschaftsexpansion auf diesem Kontinent und zur Organisation von Provokationen gegen die sozialistischen Länder geschaffen haben.

Als ein Meilenstein auf dem Wege zu dieser Amerikanisierung der BRD erwies sich der Marshall-Plan, realisiert in den Jahren 1948-1952. Er wurde aus der Idee geboren, die durch den Krieg ausgehöhlten und ruinierten Länder Westeuropas zu einem militärischen Vasallenbesitz der USA zu machen, um ihre Wirtschaft, ihre Politik und ihre militärischen Angelegenheiten fest und zuverlässig lenken zu können. Wesentlicher Inhalt des Marshall-Planes bildete die Gewährung einer finanzpolitischen Hilfe an die westeuropäischen Staaten, u.a. die BRD. Die Gewährung dieser finanziellen „Hilfe“ wurde allerdings seitens der USA von der Erfüllung einiger Bedingungen abhängig gemacht, wie:

- Verzicht auf die Nationalisierung der Industrie
- Gewährleistung der vollen Freiheit für die Privatunternehmen
- freie Einfuhr von Waren der USA aufgrund einseitiger Senkung der Zollltarife
- Verbot des Handels mit sozialistischen Staaten

Überfremdung nimmt weiter zu

Frankfurt/Main. Die Überfremdung der Wirtschaft durch ausländisches Kapital nimmt weiter zu. Wie der in Frankfurt/Main herausgegebene „Blick durch die Wirtschaft“ berichtet, sind allein im dritten Quartal dieses Jahres 65 Firmen-neugründungen bekannt geworden.

An der Spitze stehen dabei unverändert die USA, gefolgt von den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich. Regional liegt unter den Standorten der neugegründeten ausländischen Gesellschaften wiederum Nordrhein-Westfalen.

Obwohl in den Bedingungen des Marshall-Planes militärische Forderungen noch nicht offen formuliert wurden, verlangten die USA faktisch vom Empfängerland die Zustimmung zur Errichtung von Militärstützpunkten auf seinem Territorium, sowie die Verpflichtung zur Verfolgung der demokratischen Kräfte im Land. Ein nicht unbedeutender Teil der finanzpolitischen „Hilfe“ des Marshall-Planes ging an die BRD, wo die gewährte Summe vorwiegend zum Wiederaufbau und zur Weiterentwicklung der Schwerindustrie verwandt wurde.

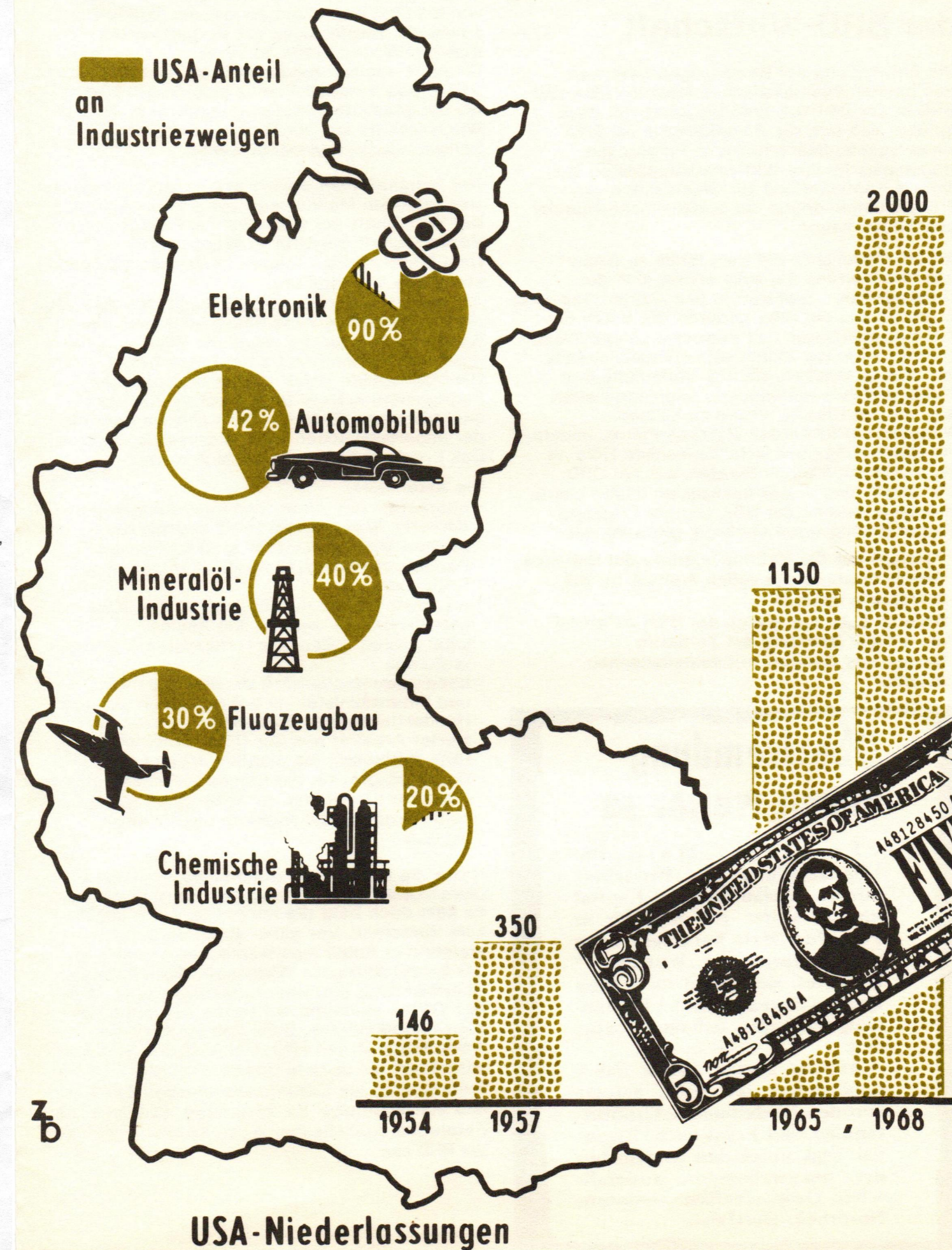
Der Marshall-Plan erwies sich somit als eine der wesentlichen Maßnahmen zur Amerikanisierung der Wirtschaft der BRD und der Festigung der Vorherrschaft der USA in Westeuropa. Dem Marshall-Plan folgten zahlreiche bilaterale staatliche Verträge und Abkommen zwischen der BRD und den USA, die die Kapitalverflechtung und Erschließung neuer Kapitalquellen für die westliche Wirtschaft, vor allem die Rüstungsindustrie, forcierten. Die USA sollten durch dieses ökonomische Engagement stärker für die politischen und ökonomischen Ziele der herrschenden Kreise der imperialistischen BRD interessiert werden. Das Ergebnis ließ nicht auf sich warten.

Die Amerikaner

- überließen den deutschen Imperialisten die modernsten Anlagen und Produktionsausrüstungen,
- stellten Milliarden Dollar amerikanischen Kapitals zur Entwicklung der Produktion zur Verfügung,
- eröffneten ihnen den Zugang zu den Märkten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens,
- unterstützten offen ihre territorialen Ansprüche in Europa
- halfen den Kapitalisten der BRD über CIA und Finanzministerium bei der Abwerbung Hunderttausender Spezialisten und qualifizierter Arbeiter aus der DDR, wodurch die BRD-Wirtschaft ein stabiles Arbeitskräfte-rückgrat für die rasche Entwicklung ihrer Industrie erhielt und der DDR damit gleichzeitig große Schwierigkeiten geschaffen wurden.

Hatte die BRD in den ersten Jahren durch die „Amerikanisierung“ zweifellos kaum Nachteile, so kam doch bald die Kehrseite der Medaille zum Vorschein. Vor allem durch den ständig steigenden Anteil amerikanischen Kapitals in der bundesdeutschen Wirtschaft, die teilweise Überfremdung einzelner Industriezweige, liegt der Vorteil eindeutig auf seiten der amerikanischen Imperialisten. Sehr zum Nachteil der Werktätigen in der BRD. Denn: Das USA-Kapital vergrößert die soziale Unsicherheit der Werktätigen, die Existenzunsicherheit der Klein- und Mittelbetriebe. Es vergrößert ebenfalls die Gefahr imperialistischer Aggressionen vom Boden der BRD aus.

Dollarflut in der BRD



Ausverkauf an USA-Konzerne

Den regierungsoffiziellen Startschuß für ein wesentlich stärkeres Eindringen des USA-Kapitals in die Wirtschaft der BRD gab Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister in seiner Rede zur Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse 1963. Er animierte geradezu amerikanische Monopole, ihre Dollarreserven in der BRD zu forcieren, indem er erklärte:

„Wir werden mit den Amerikanern prüfen müssen, ob die Startbedingungen in beiden Ländern gleich sind. Aber wir werden ganz bestimmt nichts tun, um amerikanische Investitionen zu kontrollieren oder abzuweisen“.

Der sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzminister Schiller bekräftigte bereits kurz nach seinem Amtsantritt diesen wirtschaftspolitischen Kurs:

„Die Bundesregierung ist nicht der Auffassung, daß sich aus der Höhe des Anteils von ausländischem Kapital an westdeutschen Unternehmen nachteilige Folgen ergeben ... Die Bundesregierung sieht... derzeit keine Veranlassung, besondere Maßnahmen gegen internationale Monopolunternehmen oder Kartelle zu ergreifen.“

Die Folge dieser Politik ist eine weitreichende Überfremdung der westdeutschen Wirtschaft an das Kapital der USA und anderer imperialistischer Länder.

Amerikanisches Kapital schaltet und waltet wie auf Hawaii oder in Costa Rica. Wohl kaum ein Bundesbürger kann seinen Lebensbedarf decken, ohne zugleich die Expansion amerikanischer Riesen trusts vom Typ Standard Oil (Rockefeller), General Electric (Morgan) oder Du Pont finanzieren zu helfen, ob er nun REI Waschmittel verwendet (Procter & Gamble) oder ins Kino geht, einen Opel kauft (General Motors) oder Esso-Benzin (Rockefeller), Maizena (Corn Products Refining) oder Knorr-Suppen, Rasierklingen oder Braun-Elektrorasierer (beides Gillette), einen Lanz-Traktor (Deere-Konzern), eine Triumph-Schreibmaschine (Litton-Konzern) oder eine Nähmaschine, sei es Pfaff oder Singer Nicht nur kleinere und mittlere Firmen wie die bekannten Schleussner-Photowerke gingen in die Hände der kapitalstarken USA-Konzerne über. Auch führende Konzernunternehmen wurden amerikanisiert: Die Deutsche Erdöl AG, der größte Erdölkonzern der BRD mit einem Milliardenvermögen an Produktions- u. Transportanlagen, ging samt seiner Tochtergesellschaft Rheinpreußen und 6000 Tankstellen in den Texaco-Konzern (Rockefeller) ein; Multimillionär Kubitschek verkaufte die Kuba-Imperial-Gruppe, Westeuropas größte Tonmöbelfirma (Rundfunk- und Fernsehtruhen), an den Morgan-Trust General Electric, der ihm gedroht hatte,

seine Werke durch Errichtung eigener Produktionsstätten und massive Preiskämpfe zu ruinieren, wenn er nicht „freiwillig“ verkaufe; Grundig, der größte Rundfunk- und Fernsehgerätekonzern Westeuropas, erlöste 260 Millionen DM aus dem Verkauf seines Büromaschinenkomplexes mit 8000 Beschäftigten (Triumph und Adler) an den Rüstungskonzern Litton. Dabei steigen die USA-Konzerne nicht wahllos ein. Nach einer generalstabsmäßig ausgearbeiteten „Marktstrategie“ konzentrieren sie sich auf die sogenannten Wachstumsindustrien, die die künftige Wirtschaftsstruktur bestimmen. Die Datenverarbeitung ist zu etwa 85 Prozent in amerikanischer Hand (IBM, Honeywell), die Erdölindustrie zu 40 Prozent (vor allem Rockefeller - Mobil Oil, Esso, Texaco u.a.), die Autoindustrie zu 40 Prozent (Ford, Opel). Bedeutend ist der amerikanische Einfluß in der Elektrotechnik (Standard Electric Lorenz AG, General Electric) und in der Flugzeugindustrie, wo beide Hauptgruppen (Bölkow-Messerschmidt im Süden und VFW in Bremen) mit amerikanischem Kapital verbunden sind. In der Atomwirtschaft und im Reaktorbau beruht der Einfluß der USA-Konzerne vor allem auf „Kooperations“- und Lizenzverträgen, die auch in der Chemie eine bedeutende Rolle spielen.

Eine relativ neue Erscheinung ist die fast serienweise Gründung von BRD-Filialen amerikanischer Banken. Vor allem in Frankfurt, München und Düsseldorf wurden in den letzten Jahren etwa 20 Niederlassungen, z.B. der Rockefellerschen Chase Manhattan Bank, der Bank of America (Finanzzentrum der kalifornischen Rüstungsmilliardäre), der Illinois-Bank oder der First National Bank of Chicago errichtet. Ihr Hauptzweck besteht sowohl in der Finanzierung des USA-Angriffs auf die Schlüsselpositionen der westdeutschen Wirtschaft als auch in dem Versuch, das westdeutsche Kreditsystem für die Zwecke der USA-Monopole anzupapfen.

Laut Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Dezember 1971 sind ausländische Firmen mit etwa 23,5 Milliarden DM an 7761 Unternehmen beteiligt.

Amerikanische Firmen hatten dabei 9,2 Milliarden DM des Kapitals in der Hand. Das sind 42,7 Prozent der gesamten Auslandsbeteiligung in der BRD.

Im Vergleich dazu: Nach Angaben des Novemberberichtes der Bundesbank von 1966 lag lediglich bei 4 255 Unternehmen Auslandsbeteiligung vor.

In der westdeutschen Bevölkerung, aber auch in Kreisen der westdeutschen Bourgeoisie, mehren sich jedoch die Stimmen, die sich gegen diese Förderung des Einflusses des USA-Kapitals durch Bonn wenden.

Denn der Einfluß des USA-Kapitals in der BRD geht in seiner Bedeutung weit über den des unter imperialistischen Ländern allgemein üblichen Kapitalexports hinaus. Er ist in erster Linie eine ökonomische Untermauerung des aggressiven Bündnisses der Imperialisten der USA und der BRD zum Angriff auf den Frieden und den Fortschritt der Menschheit.



+ Politik + Politik +

**In deutschen Firmen
stecken 23,5 Mrd.
Auslands-Kapital**

Bundesbank: An 7761 Unternehmen beteiligt

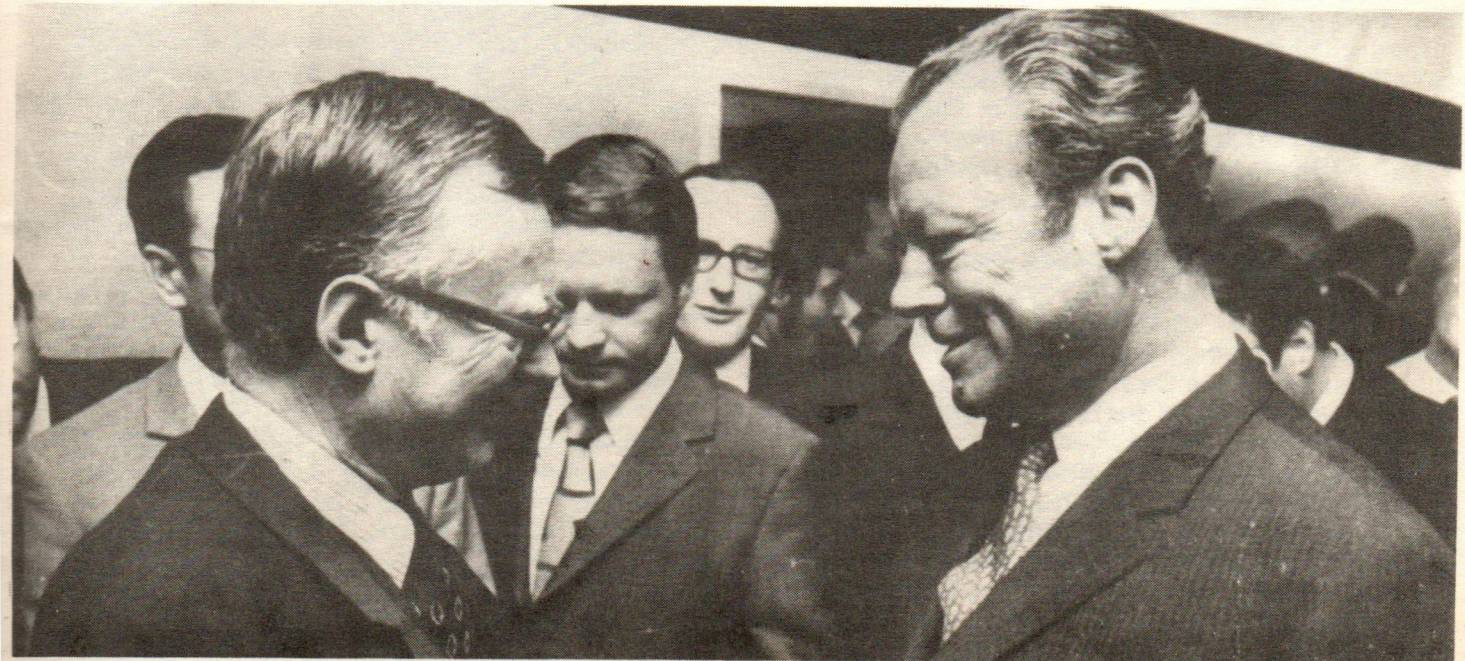
Ausländische Firmen sind mit etwa 23,5 Milliarden DM an deutschen Unternehmen beteiligt. Wie die Deutsche Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht errechnet hat, ist das ausländische Engagement damit gegenüber 1970 um fast zwei Milliarden DM gestiegen.

Allerdings: Von einem Ausverkauf deutscher Unternehmen kann keine Rede sein. Nachdem schon in den Jahren 1969 und 1970 der ausländische Kapitalbesitz etwas schwächer als in den vorangegangenen Jahren war, hielt diese Tendenz auch im letzten Jahr an. Denn: Von den zwei Milliarden DM gehen fast ein Drittel auf das Konto der voll in US-Besitz befindlichen Kölner Fordwerke. Sie erhöhten ihr Kapital um 600 Millionen DM.

Aus der Bundesbank-Statistik geht hervor: Ausländische Kapitalgeber wa-

ren an insgesamt 7761 deutschen Unternehmen beteiligt. Dabei stehen die Amerikaner unverändert an der Spitze.

Amerikanische Firmen halten 9,2 Milliarden DM des Kapitals an deutschen Unternehmen in der Hand. Das sind 42,7 Prozent der gesamten Auslandsbeteiligungen in der Bundesrepublik. Die Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA), in erster Linie Großbritannien, folgen mit 6,2 Milliarden DM, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit 5,3 Milliarden DM. W. R.



Amerikanische Rationalisierungsmethoden in BRD-Betrieben

In den letzten Jahren hat die Textilindustrie in Nordrhein-Westfalen etwa 12 000 Arbeitsplätze durch Rationalisierungsmaßnahmen eingespart. Eingespart - das bedeutet: 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen verloren ihren Arbeitsplatz, wurden entlassen.

Als das Westberliner Zweigwerk des Bosch-Konzerns das amerikanische Rationalisierungssystem MTM (Methods-Time-Measurement-Systems) einführt, stieg die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz um 50 Prozent, die Zahl der Wegeunfälle (von der Arbeit nach Hause) sogar um 100 Prozent. Der bürgerliche Sozialkritiker A. E. Rauter beschreibt das MTM-System so: „An einer Maschine sitzt ein Arbeiter, der einen bestimmten Teil zu fertigen hat. Dafür sind verschiedene Bewegungen und Handgriffe nötig, die man ebenso in einzelne Handlungsläufe zerlegen kann (z.B. in Hinlangen, Bringen, Drehen, Kurbeldrehen, Drücken, Greifen, Loslassen, Fügen, Trennen, Blickverschieben, Körper-, Bein- und Fußbewegungen sowie Simultanbewegungen). Jede notwendige Muskelregung, die für den Arbeitsgang erforderlich ist, wurde auf Mini-Bruchteile festgelegt. Nur hat dieser MTM, der Maschinen-Teil-Mensch, einen entscheidenden Fehler: Er ist immer noch Mensch. Er schwitzt, er zuckt mit der Wimper, er muß sich die Nase putzen oder anderen menschlichen Bedürfnissen nachkommen, die er nicht am Arbeitsplatz verrichten kann. Kurz: er verbraucht Zeit gänzlich unproduktiv für sich selber“.

MTM wird von den Arbeitern als „Mach-Tausend-Mehr“ bezeichnet. Auf der Strecke bleibt, wer das höllische Arbeitstempo nicht mehr durchhält. Er bezahlt mit seiner Gesundheit, mit seinen Knochen und seinen Nerven die Profite durch Rationalisierung, sei es durch das MTM-System, das Work-Factor-Verfahren, das Multi-Moment-Verfahren. Sie alle machen den Menschen zum Teil der Maschine, nutzen ihn aus wie eine Maschine, „verschrotten“ ihn wie eine Maschine, die nicht mehr den geforderten Höchstgewinn bringt. Sie reduzieren ihn auf seine meßbaren mechanischen Körperfunktionen. In der Standard Elektrik Lorenz AG stieg nach der Einführung des MTM-Systems die Pro-Kopf-Leistung des Arbeiters von 36 200 DM 1967 innerhalb eines Jahres auf 40 500 DM. Während der amerikanische Großaktionär 34 Millionen DM Profite kassierte, fanden die Arbeiter nicht eine Mark mehr in der Lohntüte. Die westdeutsche „Bundesanstalt für Arbeit“ in Nürnberg ermittelte, daß bei rund 50 Prozent aller von der Industrie veröffentlichten Stellenangebote bei Männern die Altersgrenze bei 45, bei Frauen bei 30 (!) Jahren liegt. Wer älter ist, wird nicht eingestellt. Das Tempo am Fließband frißt Kräfte. Bis zum 35. Lebensjahr, so rechnen die Ärzte, ist die Leistungsspitze erreicht. Dann setzt der Kräfteverfall ein.

„Wer einmal an einem Fließband saß, steht nicht mehr mitten und unmittelbar im Leben sondern gerät in eine Sackgasse hinein“, schrieb ein Münchener Psychologe. Mit 40 zum alten Eisen, verbraucht und verschlissen, aus Angst um den Arbeitsplatz zu höchsten Leistungen angetrieben, das ist der Preis, den Arbeiter und Arbeiterinnen für Rationalisierung bezahlen. Den Nutzen, Profite und Dividenden, stecken die Unternehmer ein.

Doktor Dandridge Cole, der von dem amerikanischen Großkonzern General Electric dafür bezahlt wurde, Leitstudien über die Zukunft der Elektro-Industrie zu produzieren, entwarf die Konzeption von zwei „Spezialmenschen“, die eine ideale Gewinnmaximierung gewährleisten sollen: Der Mensch, heute im kapitalistischen Großkonzern Teil der Maschine, soll in die elektronischen Systeme mit einbezogen werden. Beim „Closed-Cyde-Man“ sind alle Organe im Brustkorb und Unterleib durch elektrische Apparaturen ersetzt. Beim „Saucer-Man“ ist nur noch ein natürliches Organ, das Gehirn, übriggeblieben. Apparate und elektronische Steuerungssysteme übernehmen alle übrigen Körperfunktionen. Die General Electric-men sind nicht etwa Ausgeburten eines geisteskranken Forschers. Sie beruhen auf exakten wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen, die in den Labors von amerikanischen Konzernen und wissenschaftlichen Instituten seit langem im Gange sind. Rationalisierung und Automatisierung sollen, Inkarnation eines unmenschlichen Systems, auch auf den Menschen als Individuum und Persönlichkeit übergreifen.



Manipulierung im Sinne der Amerikanisierung

Die aggressiven außenpolitischen und ökonomischen Zielstellungen der bundesdeutschen Imperialisten bedingen eine Gleichschaltung bzw. Isolierung der Opposition im Innern sowie die Bereitschaft, materielle Opfer für die weitere Expansion der Rüstungsmonopole zu bringen. Damit verbunden sind zwangsläufig ein weiterer Abbau der Demokratie, die Propagierung militärischer Leitbilder und der Verfall der Kultur durch den „american way of life“. Die herrschenden Kreise haben sich zu diesem Zweck einen weitverzweigten ideologischen Apparat zur Meinungsmanipulation der Bevölkerung geschaffen. Als Hauptkomponente dieser Beeinflussung dient der Antikommunismus in Verbindung mit einer bewußten Ablenkung der Bevölkerung von den sozialen Fragen. Grausamkeit und Gewalt, Rauschgiftsucht und sexuelle Probleme werden als Kult hochgespielt und bilden den Hauptinhalt von Filmproduktionen, Fernsehsendungen und belletristischen Werken. Einige Beispiele dafür: So hat ein „Bestsellerteam“ um Heinz Günther Konsalik, verstärkt durch Verbreitungen in Illustrierten, von 1960 bis 1965 53 Romane in der Manier der rüdesten antisowjetischen Machwerke „Soweit die Füße tragen“ und „Der Arzt von Stalingrad“ eine Gesamtauflage von von 25 Millionen Exemplaren erwirkt; Hunderttausende davon (außerhalb des Ladenbuchhandels) verbreitete der Bertelsmann-Lesering, Taschenbuchverlage (Pabel bzw. Lichtenberg) sorgen für die Verbreitung des politisch-literarischen Schundes, ebenso 28 000 private Leihbüchereien sowie Film- und Fernsehadaptationen. Zwischen 1955 und 1965 führten bundesdeutsche Kinos nicht weniger als 585 kriegsverherrlichende Filme auf; das macht in den zehn Jahren mindestens einen Film dieser Sorte in der Woche. Dazu kommt - die Illustriertenromane nicht gerechnet - Quasiliteratur in Gestalt von Taschenbüchern, die sich auf die westdeutschen Leser ergießt und einiges Erkleckliches zum Hauptanteil des literarischen Konsums der Männer und der 16- bis 30jährigen beisteuern: Krimis, Abenteuerhefte oder -bücher. Der Heyne-Verlag, München, macht sich beispielsweise unter dem mehr makabren und nicht gerade satirisch - komischen Titel „Blaue Bohnen zum Frühstück“ und mit dem als Thriller deklarierten Titel „Liebe ist ein tödliches Spiel“ an den Leser heran, einem Elaborat, das von den klassischen Liebestragödien, wie „Romeo und Julia“ nicht den geringsten Schimmer einer Ahnung menschlicher Größe, menschlicher Liebe erwecken dürfte. Und dies in trauter Nachbarschaft mit 350 Millionen Groschenheften jährliche Gesamtauflage, die die Jahresauflage der ja auch nicht immer „feinen“ Buch- und Taschenbuch-

reihen der BRD um das Dreifache übersteigt. Amerikanismus im Rahmen der Globalstrategie auch hier - zur Verführung der Volksmassen. Aber gleichzeitig steigen die ökonomischen starken Groschenheftverlage bestimmd in andere Bereiche des BRD- Kulturbetriebes ein. Auch dies ist, wie im Falle des Presse-Cäsar-Springer, ein Schritt im Marschtritt der Amerikanisierung des Kulturbetriebes der BRD, ein Nachvollzug dessen, was in den USA seit Jahrzehnten Praxis ist. Der Aggressionskrieg der USA in Vietnam und die moderne imperialistische Meinungsmanipulation führten in den letzten Jahren zu einer sichtlichen Eskalation der Brutalität. Nach dem zweiten Weltkrieg griff die „amerikanische Lebensweise“, kräftig gefördert von den Mächtigen der Bundesrepublik, auch in wachsendem Maße in die BRD über. Gewiß, Egoismus und Gewalt waren den Verfechtern deutscher imperialistischer Politik schon lange nicht mehr fremd. Man denke nur an die SS-Verbrechen. Doch die massenhafte Verkrüppelung menschlicher Moral, die wir heute in der BRD beobachten können, ist zweifellos ein Ergebnis der raffinierten Amerikanisierung und ihrer Triebpropaganda.

Die Gesetze des „Kampfes aller gegen alle“ und des „Der Mensch ist des Menschen Wolf“ werden kalt und ohne Tünche bis zur letzten Konsequenz praktiziert und propagiert. So treiben die staatsmonopolistischen Verhältnisse und die imperialistische Manipulation die Menschen mit Hilfe angestachelter Besitzgier, angereizter Geltungssucht und anerzogener Ellenbogenmoral gegeneinander. Der dauernd wiederholte Appell an niedrige Instinkte geht einher mit mangelhafter Bildung, moralischem Zynismus und geistiger Ignoranz.

Vier Stämme völlig ausgelöscht

„Indianer-Schutzbeamte“ haben im brasilianischen Urwald Tausende von Eingeborenen planmäßig ermordet.

emgestellt. Figueiredo sagte dazu: „Von Diebstahl bis Vergewaltigung, Mord, widerrechtlicher Enteignung von Landbesitz, Bestechung, Folterung und Zwang zur Prostitution sind alle im Strafgesetzbuch angeführten Verbrechen verübt worden.“

WARREN BEATTY

Sie waren jung und verliebt und ein eiskaltes Mörderpaar!

Ein satanisches Folderspiel à la Hitchcock!

mach mich kalt, ich friere

Ich brauche einen Mord zum Einschlafen

Und das Baby/Kinder erschlagen lag auf Schnaps

Familie als Einbrecherbande

Ehefrau erwürgt

Der Einbrecher-Boß ist erst 14 Jahre alt

Kahlblütiger Raubüberfall

10 000 BLUTIGE DOLLAR

22-jährige Stundenlang misshandelt

Sexual-Verbrechen an junger Ausländerin

Drei Berliner

STRIB AVFRECHT GRINGO

AB MONTAG

Der Schocker mit Sex und Sensation!

GORDON MITCHELL ERIKA BLANC

DAS FOLTERHAUS DER Lady Morgan

EIN FARBWESTERN, DER VOM SATTEL REISS

ERN WIE KEINER ZUVOR! ERN DER GANZ HARTEN WELLE!

Brutalitäten bestimmen unser Fernsehen

Eine kritische Analyse von Prof. Heribert Heinrichs, Hildesheim

ARD und ZDF sind engagierte Zeitkritiker. Große Empörung schlägt aber jedem aus den Sendeanstalten entgegen, der diese Medien der Kritik unterzieht.

einzigsten Woche registriert. Was das Erste und das Zweite Fernsehprogramm dem Zuschauer, insbesondere den Kindern, zumuten, ist nicht nur beleidnend primitiv

Pädagogischen Hochschule Niedersachsen in Hildesheim hat die Fernsehwoche vom 13. bis 19. Februar in beiden Programmen lückenlos aufgezeichnet. Es gab in dieser Woche weder mehrteilige Krimis noch besonders auffällige Totschlagsendungen. Am Freitagabend gab es nicht mal den „Kommissar“, sondern „Mainz, wie es singt und lacht“.

Eine erschütternde Bilanz!

Es war Griff in die literarische Mottenkiste:

„Leichen“ — lecker zubereitet

Bestseller von Anno dunneals drängen wieder in die Buchläden

SPANDAUER VOLKSBLATT

B.Z.
Nr. 286 · 91. Jahr / Berlin, Dienstag, 5. Sept. 1967

BERLIN: 10 Tage mit der Leiche in der Wohnung

Vater brachte sein Kind um

Bild

Totes Kind auf dem Hängeboden versteckt

B.Z.

Brutales Verbrechen an 52jähriger

Unholde gefaßt

Bild
ZEITUNG

„Lieber Papi, ich habe dir Kaffee gekocht“

15jährige

vergiftete

den Vater

Ehefrau und Töchter mit einem Beil erschlagen

Bild
ZEITUNG

Ihr Junge fötete ein Kind

Steigende Kriminalität - ein Ausdruck der zunehmenden Amerikanisierung weiter Lebensbereiche

Kein Tag vergeht, an dem die Zeitungen der BRD und Westberlins nicht von Mord, Totschlag, Überfällen, Vergewaltigungen, Messerstechereien, Kindesmißhandlungen und anderen abscheulichen Verbrechen berichten. In der BRD findet gegenwärtig, genau wie in den USA, eine Explosion des Verbrechens und der Gewalt statt. Stabsmäßig geplante Raubüberfälle bewaffneter Banden, Straßenschlachten zwischen Gangstern und der Polizei mehrten sich. Der ranghöchste Kriminalpolizist der BRD, der Präsident des Bundeskriminalamtes, Herold, prophezeite: „Wir werden eine Amerikanisierung der Verbrecher bekommen, Gewalt und Mißachtung der Rechte anderer werden zunehmen“.

Noch liegt die BRD in der Häufigkeit der Straftaten pro 100 000 Einwohner hinter den USA. Immer mehr Straftaten jedoch entfallen wie in den USA auf die sogenannte Straßens-kriminalität, auf Raub, Mord, Notzucht, Körperverletzung, Diebstahl. Ende April gab Staatssekretär Dorn vom BRD-Innenministerium bekannt, daß von 1960 bis 1970 2288 Raubüberfälle auf Banken, Sparkassen und Geldtransporte verübt wurden. Allein bei den von Januar bis Anfang August 1970 registrierten Raubüberfällen auf Geldinstitute, Kassen, Privatfirmen und Geldboten wurden fast 5 Millionen DM erbeutet.

In den Großstädten zeichnet sich das Vorbild der amerikanischen Banden besonders deutlich ab.

„Münchens dynamische Entwicklung“, so meditierte die „Süddeutsche Zeitung“ lange vor dem Überfall auf die deutsche Bank, „bewirkte auch eine Veränderung der örtlichen Unterwelt. Der Individualtäter, der Fachmann des Taschendiebstahls oder Fassadenkletterers wurde weitgehend von Organisationen abgelöst“.

Persönliche Sicherheit und Schutz vor Verbrechen sind unverzichtbare Elemente des Menschseins. In der Bundesrepublik sind sie seit langem nicht mehr gewährleistet. Allein im vergangenen Jahr registrierte die BRD-Kriminalstatistik einen Anstieg um mehr als 195 000 Straftaten: Das ist die höchste Zuwachsrates seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Kriminalitätskurve stieg im Jahre 1970 auf 2 413 580 Straftaten (ohne Verkehrsdelikte). Charakteristisch im vergangenen Jahr war auch eine enorme Steigerung der Gewaltkriminalität. Mordverbrechen erhöhten sich um 18,5, gefährliche und schwere Körperverletzungen um 8,4, Raub und räuberische Erpressung um 15 Prozent.

Polizei und Justiz der BRD erbringen jeden Tag neue Beweise ihrer Ohnmacht. Der Wettlauf mit den Verbrechen ist längst entschieden - zugunsten der Letzteren. Die Kriminalität steigt, die Aufklärungsquote aber sinkt. Die BRD-Kripo klärte 1955 noch 72,0 Prozent der festgestellten Straftaten auf. Im Jahre 1970 sank die Aufklärungsquote erstmals unter 50, auf 48,3 Prozent. Nicht einmal jede zweite der bekanntgewordenen Straftaten wird also aufgeklärt.



Kriminalität und Gesellschaftsordnung



1:6,7

Straftaten insgesamt



je 185 Einwohner



1:8,6

Einfacher und schwerer Diebstahl je 386 Einwohner



1:10,5

Raub und Erpressung



je 55 000 Einwohner

Verhältnis der Straftaten DDR : Westdeutschland

In Bonn macht man nur Projekte und Programme, um der Kriminalität wieder Herr zu werden. Der Steuerzahler soll 54,2 Millionen DM in diesem Jahr, 74,3 Millionen im nächsten Jahr allein für den Ausbau des Bundeskriminalamtes zahlen. Zu den Trumpfkarten der bundesdeutschen Ordnungsplaner gehört die Verbesserung der technischen Ausrüstung der Polizei. Das Polizei-funk- und Polizeifernschreibnetz sollen erweitert, das Bildübertragungsnetz verbessert werden. Die manuellen Fahndungskarten werden durch Computer ersetzt.

Aber die Verbrecherbekämpfung ist nicht in erster Linie ein technisches, sondern ein gesellschaftliches Problem. Solange echte gesellschaftliche Veränderungen verhindert werden, ist auch die modernste Technik im Wettlauf mit dem Verbrechen zum Verlierer gestempelt. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wurde bereits im Jahre 1967 mit dem Einsatz von Computern zur Verbrechensbekämpfung begonnen. Dennoch stieg dort die Kriminalität schneller als im Bundesdurchschnitt. Im vergangenen Jahr erreichte sie mit 650 000 Straftaten einen Rekord.

Das sogenannte „Sofortprogramm“ zur Verbrechensbekämpfung bleibt ein Programm ohne Hoffnung; denn es läßt die sozialen Wurzeln der Verbrecherflut unberührt. „Wenn es in einer Gesellschaft möglich ist“, so fragt selbst Innenminister Genscher kürzlich, „daß sie einen Teil ihrer Mitglieder zum Verbrechen geradezu prädestiniert - ist es dann auch hier so, daß von der ausgestreckten Hand drei Finger auf uns selbst zurückweisen?“ Auf diese scharfsinnige Frage aber hat man nur verschwommene Antworten. Die imperialistische Bourgeoisie selbst ist der gigantische Verbrecher, der mit Hilfe des Staates das ganze Volk ausplündert. Der Neonazismus propagiert nicht nur Gewalt und Terror im Innern, sondern auch Aggression und Revanche nach außen.

Ein Erstarken der Kräfte des Fortschritts beunruhigt die Machthaber der BRD mehr als das Wachsen der Kriminalität. Die Existenzangst der Monopolbourgeoisie überschattet und behindert den Kampf gegen das Verbrechen. Wie groß diese Angst ist, folgt zum Beispiel aus dem Geheimbericht des Verfassungsschutzamtes über die „linksradikalen Bestrebungen im Jahre 1970“. Darin heißt es, daß die kommunistischen Kräfte an „Boden gewonnen haben und damit die potentielle Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik gewachsen ist“. Immer deutlicher wird das Bestreben der Monopolbourgeoisie, den gesellschaftlichen Fortschritt zu kriminalisieren. Die Konzeptionen imperialistischer Regierungen zur Bekämpfung des Verbrechens versuchen, die Geschichte zu überlisten. Doch sie vermögen weder die Kriminalität im Zaume zu halten noch den gesellschaftlichen Fortschritt zu verhindern.

